

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU, 1952-1969

Von Torsten Oppelland

Die Gründung von CDU/CSU stellt eine der wichtigsten und zukunfts-trächtigsten Neuerungen im deutschen Parteiensystem nach 1945 dar, was heute weitgehend unbestritten ist.¹ In den frühen Jahren war der Name – CDU und nicht CDP – Programm; im »Unionsgedanken« kam der Wille zum Ausdruck, die politischen Auswirkungen der konfessionellen Spaltung Deutschlands zu beenden und auf christlicher Grundlage etwas Neues zu schaffen. Die gemeinsame Erfahrung von Verfolgung und Unterdrückung in der Zeit des Nationalsozialismus ließ die politische Bedeutung des Konfessionsgegensatzes zurücktreten und den Willen zu interkonfessioneller Zusammenarbeit, die es ansatzweise bereits in der Weimarer Republik gegeben hatte, in den Vordergrund treten.² Erst die konfessionelle Zusammenarbeit ermöglichte der CDU/CSU den Durchbruch zur wirklichen Volkspartei und zur Mehrheitsfähigkeit. Zwar trug das Zentrum auch bereits die Züge einer Volkspartei, was die Sozialstruktur von Mitglied- und Wählerschaft betraf, es blieb aber als Partei des politischen Katholizismus aufgrund seiner Begrenzung auf den katholischen Bevölkerungsteil in einer strukturellen Minderheitsposition. Insofern bildete der Grundsatz der interkonfessionellen politischen Zusammenarbeit sowohl aus ideellen wie auch aus pragmatischen Gründen eine weder von katholischer noch evangelischer Seite bestrittene Grundlage der Partei.

In der praktischen Tagespolitik jedoch ist die Kooperation der Konfessionen in der CDU nicht immer ganz reibungslos verlaufen, was nicht zuletzt in der Gründung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) im Jahr 1952 zum Ausdruck kam.³ Diese konfessionelle Sondergliederung, die bis heute fortbesteht, hat kein Äquivalent auf katholischer Seite, was allerdings kein

1 Vgl. Karlheinz NICLAUSS, *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*, Paderborn u.a. 1995, S. 67.

2 Vgl. Hans-Otto KLEINMANN, *Geschichte der CDU 1945-1982*, Stuttgart 1993, S. 15 ff.

3 Im folgenden werden die Sonderentwicklungen Bayerns und der CSU nur am Rande behandelt, so daß in der Regel nur noch von der CDU gesprochen wird. Zu den konfessionellen Problemen s. Anselm DOERING-MANTEUFEL, *Die ›Frommen‹ und die ›Linken‹ vor der Wiederherstellung des bürgerlichen Staates. Integrationsprobleme und Interkonfessionalismus in der frühen CDU*, in: DERS./Jochen-Christoph KAISER (Hrsg.), *Christentum und politische Verantwortung. Kirchen im Nachkriegsdeutschland*, Stuttgart-Berlin-Köln 1990, S. 88-108, hier S. 99 ff.

Wunder ist, da die CDU stets durch einen weit höheren Anteil der Katholiken an der Mitgliedschaft geprägt war und ist. Die Minderheitsposition der Evangelischen war einer der Gründe für die Entstehung des EAK. Während die Gründungsphase und frühe Geschichte des EAK als gut erforscht gelten kann,⁴ ist seine weitere Entwicklung bisher kaum untersucht worden.⁵ Nach einer kurzen Rekapitulation der frühen Jahre soll deshalb im folgenden die weitere innere Entwicklung und organisatorische Konsolidierung des EAK dargestellt werden. Darüber hinaus sollen die politischen Arbeitsfelder des EAK behandelt werden, sowohl was das parteiinterne Wirken als auch was die Bemühungen, in den evangelisch-kirchlichen Bereich und die evangelische Wählerschaft hineinzuwirken, betrifft, um letztlich eine Bilanz des Erfolges dieser Tätigkeit zu versuchen. Mit dem Jahr 1969, das für die Geschichte der CDU aufgrund der erstmaligen Übernahme der Oppositionsrolle im Bund eine tiefe Zäsur bedeutete, auch wenn die daraus resultierenden Impulse für eine Parteireform erst nach der verlorenen Bundestagswahl von 1972 wirksam wurden, soll der Untersuchungszeitraum enden. Außerdem unterliegen die Akten des EAK, die im Archiv für christlich-demokratische Politik, Sankt Augustin, aufbewahrt werden, der Sperrfrist von 30 Jahren, so daß die Vorstands- und Arbeitskreisprotokolle für die späteren Jahre noch nicht einsehbar sind.

Die ersten Jahre des EAK (1952-1955)

Praktisch von Beginn an bestand bei den evangelischen CDU-Mitgliedern das Bedürfnis, sich zu sammeln und ihrer selbst zu vergewissern.⁶ Dies lag nicht allein an der bereits angesprochenen Minderheitsposition. Hinzu kam, daß die Protestanten in der CDU sehr heterogene politische Wurzeln hatten. So kamen manche (z.B. Robert Lehr, Hans Schlange-Schöninggen) von der Deutsch-Nationalen Volkspartei, die – anders als die konservativen Vorläuferparteien des Kaiserreichs – während der Weimarer Republik ihrem

4 Peter EGEN, *Die Entstehung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU*, Diss. phil. Bochum 1971, Gerhard BESIER, »Christliche Parteipolitik« und Konfession. Zur Entstehung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, in: DERS., *Die evangelische Kirche in den Umbrüchen des 20. Jahrhunderts. Gesammelte Aufsätze*, Bd.2 (Historisch-Theologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 5/2), Neukirchen/Vluyn 1994, S. 108-130, sowie Andreas MEIER, *Hermann Ehlers. Leben in Kirche und Politik*, Bonn 1991, S. 326-338.

5 Eine Ausnahme stellt die Jubiläumsschrift zur 40. Wiederkehr der Gründung des EAK dar: Gottfried MEHNERT, *Von Siegen nach Wittenberg. Werden, Wirken und Wollen des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU 1952 – 1992*, o.O. 1992.

6 EGEN (wie Anm. 4), S. 18 ff., hat dies anhand des Landesverbandes Rheinland und der Evangelischen Tagung Rheinland exemplarisch beschrieben, die sich bereits im Dezember 1945 das erste Mal traf.

Namen durchaus gerecht wurde und sozialstrukturell Volkspartei charakter hatte, allerdings – spiegelverkehrt zum Zentrum – fast ausschließlich auf den evangelischen Bevölkerungsteil beschränkt.⁷ Ein Teil der evangelischen CDU-Politiker kam vom in der Spätphase der Weimarer Republik parteipolitisch fast völlig aufgeriebenen Liberalismus, so etwa Ernst Lemmer, der im Dezember 1947 zusammen mit Jakob Kaiser abgesetzte Vorsitzende der CDU der sowjetischen Zone. Der kleinste Teil schließlich kam von der kleinen, pietistisch geprägten, evangelisch-konfessionellen Partei der Weimarer Republik, dem Christlich-Sozialen Volksdienst (CSVD), so z.B. Wilhelm Sempfendörfer und Paul Bausch.⁸ Die jüngeren evangelischen Politiker, die sehr bald Führungsaufgaben wahrnehmen sollten, wie Hermann Ehlers oder Eugen Gerstenmaier, waren eher durch die Bekennende Kirche und den Widerstand gegen den Nationalsozialismus geprägt und hatten keine parteipolitischen Wurzeln in der Weimarer Republik.⁹ Fast wichtiger noch als die Heterogenität der politischen Herkunft war, daß für die Evangelischen in der CDU noch immer galt, was bereits für den CSVD festgestellt worden war,¹⁰ daß nämlich nur sehr wenig Klarheit darüber bestand, was christliche Grundsätze in der Politik überhaupt seien. Die evangelischen CDU-Politiker hatten nicht die Möglichkeit, auf ein bewährtes politisch-ideologisches Fundament zurückzugreifen, wie ihre katholischen Parteifreunde es mit dem christlichen Naturrecht und der katholischen Soziallehre konnten.¹¹ Neben der numerischen Unterlegenheit lag hier eine weitere Wurzel des evangelischen Minderwertigkeitsgefühls in der CDU. Doch all dies erklärt zwar, warum es für die Protestanten das Bedürfnis gab, sich innerhalb der CDU zu organisieren, nicht aber den Zeitpunkt der EAK-Gründung.

Zur Erhellung dieses Punktes gilt es einen kurzen Blick auf die Situation des Protestantismus in der Nachkriegszeit zu werfen. Theologisch und politisch, nicht aber organisatorisch war der deutsche Protestantismus nach

7 Vgl. Hans FENSKE, *Deutsche Parteiengeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Paderborn u.a. 1994, S. 163 f.

8 Vgl. Günter OPITZ, *Der Christlich-Soziale Volksdienst. Versuch einer protestantischen Partei in der Weimarer Republik* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 37), Düsseldorf 1969.

9 Für Ehlers s. A. MEIER (wie Anm. 4), S. 26 ff.; zu Gerstenmaier s. Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN, *Verfolgung und Widerstand 1933-1945. Christliche Demokraten gegen Hitler*, 2. Aufl., Düsseldorf 1990, S. 244-247.

10 G. OPITZ (wie Anm. 8), S. 317 f.

11 Allerdings stand der katholischen Kirche die Orientierung am Naturrecht auch im Wege, als es darum ging, sich zur Demokratie zu öffnen; vgl. Michael J. INACKER, *Zwischen Transzendenz, Totalitarismus und Demokratie. Die Entwicklung des kirchlichen Demokratieverständnisses von der Weimarer Republik bis zu den Anfängen der Bundesrepublik 1918-1959* (Historisch-Theologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 8), Neukirchen/Vluyn 1994, S. 225 ff.

1945 in zwei allerdings keineswegs gleich große Lager zerfallen.¹² Die Spaltung reichte zurück in die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft und der Bekennenden Kirche. Auf der einen Seite standen die eher konservativen, lutherisch geprägten Kräfte der »intakten« Landeskirchen¹³ Württembergs, Bayerns und Hannovers sowie einige lutherischen Bruderräte, die aufgrund ihres Festhaltens am Konzept der Volkskirche bereit waren, partiell mit staatlich eingesetzten Kirchenleitungen und der Minderheit der »Deutschen Christen« zu kooperieren; auf der anderen Seite standen die radikaleren, von der Theologie Karl Barths beeinflussten, in den Bruderräten organisierten Kräfte, die an früheren Beschlüssen, die Bekennende Kirche als allein legitimierte Kirche zu betrachten, kompromißlos festhielten und jede Zusammenarbeit verwarfen. Dieser Riß im deutschen Protestantismus setzte sich in der Nachkriegszeit fort, obwohl es unter der Führung des württembergischen Landesbischofs Theophil Wurm auf der »Kirchenführer«-Konferenz von Treysa (27.-30. August 1945) gelungen war, die organisatorische Einheit der evangelischen Kirche wiederherzustellen, indem dort die vorläufige Ordnung der Evangelischen Kirchen in Deutschland (EKiD, später EKD) beschlossen wurde. Zur EKD gehörten, das kann nicht genug betont werden, auch die Landeskirchen der sowjetischen Zone und der späteren DDR.¹⁴ Martin Niemöller und die radikalen Barthianer blieben in Treysa deutlich in der Minderheit und konnten sich nicht einmal bei den Bruderräten vollständig mit ihrer Forderung nach einem Neuaufbau der Kirche »von unten«, von den Gemeinden her, durchsetzen. Dennoch blieb die Einheit der evangelischen Kirche gefährdet und alle Äußerungen der EKD mußten auf die Minderheitsposition Rücksicht nehmen. Entsprechend zurückhaltend fielen die Befürwortung der interkonfessionellen, christlichen Parteigründung und die Wahlaufufe der EKD zugunsten der CDU aus. Es konnte jedoch kein Zweifel bestehen, daß dieser Partei die Sympathien der konservativ-lutherischen Mehrheit – wenn auch nicht ohne alle Vorbehalte – galten. Dagegen entwickelten sich die Bruderräte nach links und öffneten

12 Hierzu vgl. die exzellente Zusammenfassung des Forschungsstandes in der im Rahmen des von Anselm DÖRING-MANTEUFFEL geleiteten Forschungsprojektes »Westernization« entstandenen (vgl. ders. u.a., *Wie westlich sind die Deutschen?* in: HPM 3/1996, S. 1-38) Studie von Thomas SAUER, *Westorientierung im deutschen Protestantismus? Vorstellungen und Tätigkeiten des Kronberger Kreises (Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit, Bd. 2)*, München 1998, Kap. I, passim.

13 Als »intakt« bezeichnet man jene Landeskirchen, in denen es den nationalsozialistisch inspirierten »Deutschen Christen« nicht gelungen war, eine Mehrheit in den Synoden zu erringen.

14 Th. SAUER (wie Anm. 12), S. 48, bes. FN 106, legt allerdings Wert auf die Feststellung, daß die EKD nicht die einzige bestehende gesamtdeutsche Klammer darstellte, sondern daß bis 1961 die katholischen Bischöfe der DDR Mitglieder der Fuldaer Bischofskonferenz bleiben konnten.

sich der SPD.¹⁵ Solange die Mehrheitsverhältnisse so blieben, konnten die Protestanten in der CDU mit dieser Situation ganz gut leben, und mit der zuweilen das Maß verlierenden Rhetorik Niemöllers konnte man sich publizitätsträchtig auseinandersetzen.¹⁶

Die Lage änderte sich erst Anfang der fünfziger Jahre mit dem Konflikt zwischen Gustav Heinemann und Konrad Adenauer über die Frage der Wiederbewaffnung und damit eng verbunden der Frage der Wiedervereinigung. Der Konflikt und die Positionen sind häufig beschrieben worden und brauchen hier nicht im einzelnen nachgezeichnet werden.¹⁷ Entscheidend ist, daß mit Heinemann ein prominenter evangelischer CDU-Politiker, Bundesinnenminister und Präses der Synode der EKD nicht nur mit Adenauer und wenig später mit der CDU brach, sondern sich aus theologischen Gründen gegen die Wiederbewaffnung aussprach, sich mit Niemöller verband und dessen Kritik eine zusätzliche Legitimation verlieh. Heinemann griff auch – trotz seiner bisherigen Mitgliedschaft in der CDU¹⁸ – die barthianische Argumentation auf, daß es Parteipolitik unter dem Etikett »christlich« eigentlich gar nicht geben könne und zudem die Inanspruchnahme dieses Etiketts tendenziell dazu führe, alle anderen Parteien als unchristlich abzustempeln. Zusätzlich wurde die CDU unter Rückgriff auf alte protestantische Ressentiments als überwiegend katholische, ja klerikale Partei dargestellt. Diese Situation war insofern potentiell bedrohlich, als sich die Mehrheitsverhältnisse im deutschen Protestantismus endgültig in einem für die Union negativen Sinne entwickeln konnten. Um dieser Gefahr zu begegnen, ergriff Hermann Ehlers, zu dieser Zeit bereits Bundestagspräsident und eine der führenden Persönlichkeiten unter den evangelischen CDU-Politikern, die Initiative und mobilisierte die evangelischen Teile der CDU.¹⁹

15 Martin MÖLLER, *Evangelische Kirche und Sozialdemokratische Partei in den Jahren 1945-1950. Grundlagen der Verständigung und Beginn des Dialoges*, Göttingen 1984, S. 189 f.

16 Vgl. z.B. zu Gerstenmaier A. MEIER (wie Anm. 4), S. 280 f.; Hermann Ehlers war in seiner Auseinandersetzung mit Niemöller sehr viel abgewogener.

17 Josef MÜLLER, *Die Gesamtdeutsche Volkspartei. Entstehung und Politik unter dem Primat nationaler Wiedervereinigung 1950-1957* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 92), S. 53 ff. (aus der Sicht Heinemanns), sowie Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer*. Bd. I, *Der Aufstieg 1876-1952*, (Tb-Ausgabe) München 1994, S. 766-774, und Henning KÖHLER, *Adenauer. Eine politische Biographie*, Berlin-Frankfurt/M. 1994, S. 630-636 (cher aus der Perspektive Adenauers).

18 Immerhin war Heinemann, der noch 1949 gesagt hatte, »daß Sozialdemokraten und Liberale keine politische Heimat für den evangelischen Wähler zu sein vermögen« (zit. nach A. MEIER [wie Anm. 4] S. 276), so konsequent, nach dem Austritt aus der CDU eine neue Partei, die GVP, zu gründen und erst nach deren Scheitern 1957 in die SPD einzutreten; J. MÜLLER (wie Anm. 17), S. 392.

19 Kurz zuvor hatte sich bereits um den hannoverschen Landesbischof Hanns Lilje ein inoffizieller, bewußt elitärer Kreis formiert, dessen Ziel es war, einen innerkirchlichen politischen Gegenpol zur Richtung Niemöller-Heinemann zu bilden; nach dem Tagungsort nannte sich

Vom 14. bis zum 16. März 1952, etwa eineinhalb Jahre nach der Entlassung Heinemanns aus dem Kabinett und ebenfalls eineinhalb Jahre vor den nächsten Bundestagswahlen, fand in der alten CSVD-Hochburg Siegen die erste Bundestagung der evangelischen CDU-Mitglieder statt.²⁰ Die Beteiligung der Kirchenleitungen war eher gering, was indes auch daran lag, daß zeitgleich eine Ratssitzung der EKD in Spandau stattfand. Die meisten waren trotz gewisser Bedenken gegenüber der Beteiligung an parteipolitischen Veranstaltungen mit Beobachtern vertreten.²¹ Bezeichnend für die damaligen Prioritäten ist die in Siegen verabschiedete Resolution. Der sich mit dem Problemkreis Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung beschäftigende Teil der Resolution, hervorgegangen aus der von Hermann Ehlers selbst geleiteten Arbeitsgruppe »Unsere politische Verantwortung in einem geteilten Deutschland«, umfaßte knapp sechs Seiten, während der Teil »Unsere kulturpolitische Aufgabe« nur knapp eine Seite erhielt und die dritte Arbeitsgruppe »Die gesellschaftliche Ordnung« in der Resolution gar nicht vertreten war.²² In dem ersten, stark von Hermann Ehlers geprägten Teil der Resolution bekannten sich die evangelischen CDU-Politiker ohne Einschränkungen zum Kurs der Regierung Adenauer. Den internationalen Kontext beurteilte Ehlers nicht anders als der Bundeskanzler; ein neutrales Gesamtdeutschland sei unter den Bedingungen des Ost-West-Konfliktes nicht möglich, eine Option für den kommunistischen Osten nicht denkbar. Insofern sei auch nach ernster Gewissensprüfung eine andere Politik als die der Regierung nicht möglich. War aber eine Zusammenarbeit mit dem Westen unabdingbar, so gehörte dazu trotz der tiefgreifenden Zurückhaltung des deutschen Volkes zur Wiederbewaffnung und trotz des Abscheus bei dem Gedanken an einen Krieg auch der Beitrag zur militärischen Sicherung Europas. Die Resolution sprach sich für die allgemeine Wehrpflicht als der »nach unserem evangelischen Verständnis der Pflichten des Bürgers zur Verteidigung des Staates ... am besten geeignete Form des Wehrdienstes« aus und wies die Ansicht, der politische Pazifismus sei die »vor dem Wort Gottes bessere Haltung« deutlich zurück.²³ Der Verteidigungsbeitrag werde eines

diese Gruppe, die zuerst mit einer die Wiederbewaffnung befürwortenden Denkschrift an die Öffentlichkeit trat, später »Kronberger Kreis«; Th. SAUER (wie Anm. 12), Kap. II. 2 u. 3, passim.

20 Diese Bezeichnung war etwas irreführend, da keineswegs alle evangelischen CDU-Mitglieder eingeladen waren; aufgrund der organisatorischen Beschränkungen sollte der Teilnehmerkreis nicht über 200 Personen hinausgehen. Deshalb wurde nach einem Delegiertenschlüssel aus den CDU-Landesverbänden nur eine begrenzte Zahl von Teilnehmern eingeladen; P. EGEN (wie Anm. 4), S. 97, bzw. für den Delegiertenschlüssel, dessen Aufstellungskriterien nicht mehr rekonstruierbar sind, S. XXXIII f.

21 EBD., S. 99.

22 Die Resolution ist abgedruckt bei P. EGEN (wie Anm. 4), S. XXXVII-XLIII.

23 EBD., S. XXXIX u. XL.

Tages auch dem Osten Deutschlands zugute kommen; die Kritiker, die eine Beteiligung der Bundesrepublik am westlichen Bündnis aufgrund der Gefährdung der deutschen Einheit ablehnten, hätten keinen Weg gewiesen, wie »die deutsche Einheit in Freiheit« – die klassische Formel war bereits damals geläufig – anders, schneller und wirksamer wiederhergestellt werden könne. Die Zurückweisung der Argumente der Niemöller-Heinemann-Gruppe ist eindeutig; deren Vermengung von politischen und Glaubensentscheidungen wurde deutlich abgelehnt.²⁴

Mit der Tagung in Siegen nahmen die evangelischen CDU-Politiker nicht nur inhaltlich im Sinne der Politik Adenauers Stellung, was dieser sehr wohl zu schätzen wußte, wie er bei der Abschlußkundgebung der Tagung sehr offen zum Ausdruck brachte,²⁵ sie zeigten vor allem auch, daß es sie gab,²⁶ daß die CDU keine rein katholische Partei war und daß sie für evangelische Wähler wählbar war. Zugleich war die Tagung eine deutliche Absage an jegliche protestantische Parteigründung; Heinemanns Gesamtdeutsche Volkspartei, im Oktober 1952 gegründet, wurde insofern von vornherein als politischer Gegner und Konkurrent betrachtet.²⁷ Mit der Konstituierung eines Geschäftsführenden Ausschusses noch in Siegen, in den evangelische Vertreter der CDU-Landesverbände gewählt und weitere evangelische Persönlichkeiten kooptiert wurden, kam die Gründungsphase des EAK zu einem gewissen Abschluß. In der ersten Sitzung im Mai 1952 wurde Hermann Ehlers zum Sprecher gewählt. Ernst Bach, Oberbürgermeister von Siegen und Schatzmeister der CDU, wurde die Organisation übertragen. Zum Januar 1953 kam Hans Strümpfel als Geschäftsführer des EAK und Redakteur des seit März 1953 erscheinenden Informationsblattes »Evangelische Verantwortung« hinzu.²⁸

In der Arbeit des EAK standen in der folgenden Zeit indes weniger inhaltliche Fragen im Vordergrund als die konfessionelle Personalpolitik auf allen Ebenen.²⁹ Dies war einerseits die Reaktion auf die – durchaus nicht von Ressentiments freie – Perzeption einer Katholisierung des öffentlichen Dienstes,³⁰ andererseits die unausweichliche Kehrseite der Medaille des Ringens

24 EBD., S. XXXVII. Vgl. auch G. MEHNERT (wie Anm. 5), S. 13.

25 G. MEHNERT (wie Anm. 5), S. 15.

26 Zur Darstellung der umfangreichen Presseberichterstattung über die Tagung P. EGEN (wie Anm. 4), S. 109-114.

27 Vgl. G. MEHNERT (wie Anm. 5), S. 16, sowie G. BESIER (wie Anm. 4), S. 115 u. 118.

28 P. EGEN (wie Anm. 4), S. 116, sowie G. MEHNERT (wie Anm. 5), S. 17.

29 Vgl. P. EGEN (wie Anm. 4), S. 118 ff., sowie G. BESIER (wie Anm. 4), S. 115 ff., und G. MEHNERT (wie Anm. 5), S. 17. Ähnliches gilt auch für den Kronberger Kreis; Th. SAUER (wie Anm. 12), Kap. II.4.

30 Umgekehrt hat es von Anfang an auf katholischer Seite den Verdacht gegeben, daß diese personalpolitische Lobby-Arbeit der eigentliche Zweck der EAK-Gründung gewesen sei; vgl.

um die evangelische Wählerschaft. Sollte für diese die CDU wählbar sein, so mußte stets der Vorwurf, daß die Partei eigentlich katholisch dominiert sei, entkräftet und die Gleichberechtigung der Protestanten demonstriert werden. Dabei war auch den EAK-Mitgliedern klar, daß die Minderheitsposition der Evangelischen nicht nur auf das katholische Image der CDU zurückzuführen war, sondern auch eigene, evangelische Wurzeln hatte. Bereits 1951 hatte Ehlers geschrieben: »Wir leiden darunter, daß auf evangelischer Seite viele Menschen nicht bereit sind, in eine politische Verantwortung zu gehen. Sie ziehen es vor, am Rande des Geschehens zu stehen, zu kritisieren, oft genug ohne hinreichende sachliche Kenntnis, und den anderen die politische Verantwortung zu überlassen. Man wird ohne Einschränkung sagen dürfen, daß, wenn irgendwo der politische Einfluß des Katholizismus stärker ist, als er nach dem Verhältnis der Konfessionen ... sein müßte, er nur dadurch so stark ist, daß evangelische Menschen ihre politische Verantwortung nicht wahrnehmen.«³¹

Die Bundestagswahl vom Herbst 1953 wurde zu einem großen Erfolg für die CDU und auch für den EAK,³² der sich auf seiner Bundestagung in Hannover intensiv mit dem Neutralismus der GVP Heinemanns und den Klerikalismus-Vorwürfen auseinandergesetzt hatte.³³ Die CDU hatte auch im protestantischen Bereich erheblich hinzugewonnen; die GVP war in nur wenigen Wahlkreisen über 3% gekommen und hatte insgesamt nur

Norbert TRIPPEN, *Interkonfessionelle Irritationen in den ersten Jahren der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Staat und Parteien. Festschrift für Rudolf Morsey zum 65. Geburtstag*, hrsg. von K.D. BRACHER u.a., Berlin 1992, S. 345-377, hier S. 360 (insbesondere FN 29).

31 Zit. nach A. MEIER (wie Anm. 4), S. 327. Wie drastisch unterschiedlich die Bereitschaft der Konfessionen war, sich in der CDU zu engagieren, geht aus einer Tabelle hervor, die der Geschäftsführer Strümpfel 1959 erstellte (Anlage zu einem Brief an G. Schröder v. 10. März 1959, Archiv für Christlich-Demokratische Politik [im folgenden zit. als ACDP] I-483, 052/3); er vergleicht die Bevölkerungsanteile der Konfessionen und die CDU-Mitgliedschaft. Zwei Beispiele mögen die Verhältnisse verdeutlichen: Die Bevölkerung Westfalens setzte sich nach der Volkszählung von 1950 aus ca. 3,05 Mio. Katholiken und 3,1 Mio Evangelischen zusammen, die CDU-Mitgliedschaft (Stand Dez. 1957) aus 35.191 Katholiken und 10.400 Evangelischen; noch deutlicher ist das Beispiel des weitaus geringer gemischt-konfessionellen Bundeslandes Hamburg: Bevölkerung ca. 100.000 Katholiken und 1,26 Mio. Evangelische, CDU 1.019 Katholiken und 2.662 Evangelische, d.h. etwa 1% der Katholiken und nicht einmal 0,2% der Evangelischen waren CDU-Mitglieder.

32 Dies gilt nicht nur für die CDU, sondern auch für die CSU; Werner Dollinger, einer der führenden evangelischen CSU-Politiker, schrieb die Erfolge der CSU im protestantischen Teil Frankens der Arbeit des EAK, in dem sich auch die eher konservativ eingestellte Geistlichkeit ungewöhnlich stark engagiert habe, aber auch dem persönlichen Einsatz von Hermann Ehlers (insbesondere nach dem »Ochsenfurter Zwischenfall«; s. N. TRIPPEN [wie Anm. 30], S. 350) zugute; Interview mit dem Verf. vom 18. April 1997.

33 P. EGEN (wie Anm. 4), S. 140 ff. Vgl. auch die im Anhang abgedruckten Flugblätter der GVP, S. IL u. L, sowie das ausführliche Zitat aus Ehlers' Ansprache auf der Tagung bei G. BESIER (wie Anm. 4), S. 121 f.

1,16% der Stimmen erreicht.³⁴ Dies war sicher nicht in erster Linie das Verdienst des EAK; eher hat der 17. Juni eine ausschlaggebende Rolle gespielt, denn die Ereignisse diskreditierten vor allem den Neutralismus der GVP. Dennoch, hinsichtlich der Zahl der evangelischen Abgeordneten und Kabinettsmitglieder konnte der EAK zufrieden sein.³⁵

Nur ein Jahr nach dem großen Erfolg der Bundestagswahl 1953, am 29. Oktober 1954, verstarb die dominierende Persönlichkeit dieser frühen Phase des EAK, Hermann Ehlers. Ihm folgte als Vorsitzender Robert Tillmanns, der nach der Bundestagswahl von Adenauer zum Minister ohne Portefeuille mit den besonderen Aufträgen, sich um Berlin und um den evangelischen Bereich zu kümmern, ernannt worden war.³⁶ Tillmanns konnte dem EAK nicht in ähnlicher Weise seinen Stempel aufdrücken wie sein Vorgänger, da auch er bereits nach einjähriger Amtszeit am 12. November 1955 verstarb.³⁷

Die weitere innere Entwicklung des EAK

Auf der Sitzung des Evangelischen Arbeitskreises vom 1. Dezember 1955 war der wichtigste Tagesordnungspunkt die Wahl eines neuen Vorsitzenden. Die Leitung der Sitzung lag beim Stellvertretenden Vorsitzenden, dem Staatssekretär im Justizministerium, Walter Strauß.³⁸ Gewählt wurde ein-

³⁴ Zum Wahlergebnis s. P. EGEN (wie Anm. 4), S. 170 ff. Zum Ergebnis der GVP s. insbesondere J. MÜLLER (wie Anm. 17), S. 320 ff.

³⁵ Die Regierungsbildung verlief allerdings nicht ohne konfessionelle Mißbelligkeiten; die sog. »Paritätsrede« von Ehlers wurde in der Presse durchweg kritisiert; G. BESIER (wie Anm. 4), S. 125 f.

³⁶ Vgl. Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer*, Bd. 2: *Der Staatsmann 1952-1967*, (Tb-Ausgabe) München 1994, S. 110 f. Der Auftrag an Tillmanns im Hinblick auf den evangelischen Bereich wurde von seinem damaligen Persönlichen Referenten, Dr. Klaus Simon (Interview mit dem Verf. vom 19. Sept. 1995), besonders betont. Nach dem Tode Tillmanns wechselte Simon ins Innenministerium zu Gerhard Schröder, bei dem er nach einiger Zeit wiederum die Position eines Persönlichen Referenten übernahm.

³⁷ Zur inhaltlichen Arbeit des EAK, die noch immer stark von den Auseinandersetzungen mit Niemöller und den Bruderschaften geprägt war, s. G. MEHNERT (wie Anm. 5), S. 23-28. Vgl. auch das Protokoll des Geschäftsführenden Ausschusses vom 8. Febr. 1955, TOP 1, ACDP IV-001, 002/1. Als Anlage wurde ein Brief »An die evangelischen Pfarrer und Gemeindeglieder, die sich in öffentlichen Erklärungen gegen die Pariser Verträge gewandt haben« entworfen; ebd.

³⁸ Strauß war mit der Wahl Tillmanns zum Vorsitzenden zu einem der beiden Stellvertreter gewählt worden. Beide kannten sich seit langem; bereits 1946 gehörten sie einem Berliner Laiengesprächskreis an, der wichtige Anstöße für die Haltung der Evangelischen Kirche zum demokratischen Neuaufbau gab (s. M. INACKER, wie Anm. 11, S. 185f.). Strauß, der als einer »der brilliantesten Juristen« des Bonner öffentlichen Lebens galt (»Wem paßt der Mantel von Ehlers?«, in: Deutsche Zeitung Nr. 94, 26. Nov. 1955), wurde schnell zu einer der führenden Persönlichkeiten und einem der »wichtigsten geistigen Anreger« des EAK (G. MEHNERT, wie Anm. 5, S. 28). Im Laufe der »Spiegel-Krise« 1962 verlor Strauß sein Amt als Staatssekretär

stimmig der damalige Bundesinnenminister Gerhard Schröder.³⁹ Diese Wahl war im großen und ganzen nicht weiter überraschend, denn Schröder galt als einer der profiliertesten jüngeren Politiker evangelischer Konfession. Er war seit 1949 Bundestagsabgeordneter, war 1952, auch weil er sich gelegentlich erlaubt hatte, Adenauer gegenüber wider den Stachel zu locken, zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt und nach der Bundestagswahl 1953 als Nachfolger von Robert Lehr zum Innenminister ernannt worden.⁴⁰ Seit dem Beginn seiner politischen Karriere hat er sich als dezidiert evangelischer CDU-Politiker verstanden;⁴¹ allerdings ist er erst Ende der sechziger Jahre in den bereits angesprochenen »Kronberger Kreis« um Bischof Lilje kooptiert worden, weil er dort als nicht hinreichend »kirchlich« galt.⁴² Schröder war zusammen mit dem schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Kai-Uwe von Hassel in der Öffentlichkeit häufig als Anwärter auf den EAK-Vorsitz genannt worden; nachdem von Hassel jedoch hatte ausrichten lassen, daß er definitiv nicht zur Verfügung stehe, fiel die Wahl einstimmig auf Gerhard Schröder.⁴³ Daß Schröder Vorsitzender des EAK bleiben sollte, bis ihm im Jahre 1978 Roman Herzog in diesem Amt folgte, hat bei jener Sitzung sicher niemand geahnt.

Dennoch war die Wahl Schröders keineswegs so unumstritten, wie angesichts des Ergebnisses vermutet werden könnte. Vielmehr ging dem Wahlakt eine »umfassende Aussprache über Charakter und Zielsetzung des Arbeits-

und wechselte als Richter an den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg (s. H.-P. SCHWARZ, *Adenauer*, Bd.2, wie Anm. 36, S. 786).

39 Schröder hatte zwar vorher geschrieben, daß er nicht kandidieren wolle, aber Strauß deutete dies – wohl nicht zu Unrecht, denn Schröder nahm die Wahl dann doch an – in der Sitzung so, als habe Schröder nur deutlich machen wollen, »daß er das Amt des Vorsitzenden keineswegs anstrebe und nicht beabsichtige, gegen eine andere Persönlichkeit zu kandidieren«. ACDP IV-001, 002/1, Protokoll v. 1. Dez. 1955, S. 3.

40 Vgl. Hans-Peter SCHWARZ, *Dr. Gerhard Schröder – Jurist und Politiker*, in: *Jurist und Politiker. Ansprachen anlässlich des Goldenen Doktorjubiläums von Dr. Gerhard Schröder, gehalten am 12. Nov. 1984 in der Rhein. Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn*, Bonn 1985, S. 15-30, hier S. 19; 1953 war übrigens Robert Tillmanns sein direkter Konkurrent hinsichtlich des Innenministeriums, s. KÖHLER (wie Anm. 17), S. 792.

41 Im Wahlkreis hat er sich vor den Bundestagswahlen stets mit Flugblättern an die evangelische Bevölkerung gewandt (ACDP 1-483, 006/1 bzw. 007/1) und an der Auseinandersetzung mit Niemöller und Heinemann, dessen Ernennung zum Innenminister er 1949 noch sehr befürwortet hatte (s. *Auftakt zur Ära Adenauer. Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung 1949*, bearb. von Udo WENGST, [Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, IV. Reihe, Bd. 3] Düsseldorf 1985, S. 393), hat er sich mit einer Reihe von öffentlichen Äußerungen beteiligt (s. exemplarisch die Reden vom 28. Mai 1954 u. 4. Sept. 1955 in: ACDP 1-483, 134/1 bzw. 136/2). Schröder war auch Gründungsmitglied des EAK (vgl. die Liste der Versammlungsredner bei P. EGEN (wie Anm. 4), S. XXXV), und auf der Bundestagung 1955 war er einer der Redner bei der Abschlußkundgebung (G. MEHNERT [wie Anm. 5], S. 29).

42 Vgl. Th. SAUER (wie Anm. 12), S. 119.

43 Protokoll v. 1. Dez. 1955, S. 3, ACDP IV-001, 002/1.

kreises« voraus, in der zwei unterschiedliche Positionen deutlich wurden. Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier, der sich bisher im EAK nicht sehr engagiert hatte, und der hannoversche Oberkirchenrat und stellvertretende Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion Adolf Cillien forderten, daß der EAK die »geistig-politische Orientierung des evangelischen Christen im politischen Raum und die Erarbeitung entsprechender Grundsätze in den Vordergrund« stellen solle; eine weitaus größere Zahl von Mitgliedern unter der Führung von Walter Strauß betonte jedoch, daß der EAK neben der »rein geistigen Arbeit eine echte politische Profilierung und Wirksamkeit« erreichen müsse und »eine konkrete Verpflichtung gegenüber der evangelischen Wählerschaft [habe] und somit auch personalpolitische Anliegen nicht außer acht lassen« dürfe.⁴⁴ Diese Diskussion zeigt, daß offenbar niemand den beiden Kandidaten das Format eines Hermann Ehlers zutraute, der beides, geistige Orientierung und politische Profilierung, geboten hatte. Während aber die Mehrheit darauf vertraute, daß man ersteres gemeinsam würde leisten können, und von dem zukünftigen Vorsitzenden vor allem Durchsetzungsvermögen im Hinblick auf die – auch personellen – evangelischen Interessen in Bonn erwartete, hielten Gerstenmaier und Cillien letzteres wohl im Hinblick auf den Konfessionsfrieden in der Union für nicht angebracht.⁴⁵ Die Einstimmigkeit der Wahl kam dann zustande, weil

44 EBD, S. 2. Trotz den Umständen seiner Wahl hat auch Schröder betont, daß das Bedürfnis der Evangelischen in der CDU, deren Gründung den Protestantismus vor eine historisch neue Situation gestellt habe, nach »einer geistesgeschichtlichen, theologischen und politischen Ortsbestimmung, die als Akt der Selbstbesinnung gar nicht gründlich genug sein« könne, die Existenzgrundlage des EAK sei; Interview mit dem Evangelischen Pressedienst vom 7. Febr. 1956, ACDP I-483, 136/1.

45 Daneben spielten auch persönliche Rivalitäten eine Rolle, stand doch insbesondere für Gerstenmaier zu befürchten, daß der neue EAK-Vorsitzende auch Anspruch auf den Stellvertretenden Parteivorsitz, den Ehlers und Tillmanns innegehabt hatten, erheben und somit in Ehlers »Kronprinzen«-Rolle hineinwachsen würde; daß sich Gerstenmaier und Cillien gegen ein derartiges Junktim und gegen »Ämterhäufung« aussprachen, unterstützt eine derartige Vermutung (Protokoll v. 1. Dez. 1955, ACDP IV-001, 002/1, S. 2f.); vgl. auch »Schröder rückt vor«, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 255, 5. Dezember 1955, wo genau jene Vermutung angestellt wurde. Wenig überraschend ist, daß Strauß die andere Sicht vertrat, hatte er sich doch bereits früher gegen Katholisierungstendenzen gewandt und für eine aktive evangelische Personalpolitik ausgesprochen; s. G. BESIERS (wie Anm. 4), S. 117 (bes. FN 34). Die Interpretation BESIERS (ebd., S. 127 ff.), daß dies eine Verlagerung der politischen Prioritäten sowohl von Ehlers als auch des EAK insgesamt weg von der Deutschlandpolitik, d.h. der Wiedervereinigungspolitik, die angesichts der Stellungnahme zur Wiederbewaffnung irreal geworden sei, hin zur CDU-Parteipolitik bedeute, wirkt etwas konstruiert; vgl. zu Ehlers auch G. MEHNERT (wie Anm. 5, S. 25). Gerade Walter Strauß war einer der engagiertesten Personal- und Deutschlandpolitiker (s. z.B. Protokoll der Sitzung des Bundesarbeitskreises v. 3. Juni 1955, ACDP IV-001, 002/1; in der Diskussion über die kurz zuvor beendete Bundestagung in Worms wurde besonders die von Strauß geleitete Arbeitsgruppe zur Deutschlandpolitik und der von ihm geprägte Begriff der »EntSEDifizierung« im Bezug auf den Tag X der Wiedervereinigung hervorgehoben). Auch nach der Wahl Schröders änderte sich vorerst nichts an den deutschlandpolitischen Prioritäten, vgl. Gerhard SCHRÖDER,

Cillien, Gerstenmaier und Paul Bausch die Sitzung verlassen hatten. Beim Amtsantritt Schröders war ganz offensichtlich nicht nur die organisatorische Konsolidierung noch unvollendet, sondern es herrschte offener Dissens über Aufgaben und Selbstverständnis des EAK.

Tatsächlich sollten den neuen Vorsitzenden zuerst Personal- und Organisationsfragen beschäftigen. Noch während der Amtszeit Tillmanns' hatte der EAK erste Schritte zu einer Institutionalisierung unternommen. Der in Siegen gegründete »geschäftsführende Ausschuß«, dessen Sprecher Ehlers war, hatte sich als (Bundes-)EAK konstituiert; dieser Arbeitskreis bestand nicht etwa aus allen evangelischen Mitgliedern der CDU/CSU oder aus Delegierten der Landes-EAK⁴⁶, sondern aus den von Ehlers nach Siegen eingeladenen evangelischen Persönlichkeiten sowie denen, die seitdem kooptiert worden waren. Es wurde nun ein neuer Geschäftsführender Ausschuß gewählt, der de facto ein Vorstand war und aus dem Vorsitzenden – nicht mehr dem Sprecher – Tillmanns und vier Stellvertretern, Walter Strauß, Ernst Bach, Adolf Cillien und dem Konstanzer Bürgermeister Hermann Schneider als Vertreter der süddeutschen Protestanten in der Union, bestand.⁴⁷ Während der Sitzung vom 1. Dezember 1955, auf der Schröder zum neuen Vorsitzenden gewählt wurde, schlug Strauß eine Veränderung der Organisationsform vor, um die Arbeit des ständig wachsenden EAK effizienter zu gestalten. So sollte es nunmehr neben dem Vorsitzenden nur einen Stellvertreter geben, der sinnvollerweise seinen beruflichen Schwerpunkt in Bonn haben sollte. Daneben schlug er vor, einen – nun auch so genannten – Vorstand zu wählen, dem die Mitglieder des bisherigen Geschäftsführenden Ausschusses sowie einige weitere führende Evangelische aus den Bundesländern angehören sollten. Dieser Vorschlag wurde ohne Widerspruch angenommen und Strauß selbst zum einzigen Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Zugleich wurde betont, daß die Bildung des Vorstandes nicht unter regionalen Gesichtspunkten

Unsere Aufgabe, in: *Evangelische Verantwortung* [EV] 4 (1956), Heft 1, S. 2/3, hier S. 2: »Damit zeichnet sich ganz klar die Aufgabe ab, die uns gestellt ist: das ganze Deutschland wiederherzustellen und seinen Bestand nach innen und außen zu kräftigen und zu sichern.«

⁴⁶ Die EAK der Landesverbände sind – soweit dies aus den Akten des EAK erkennbar ist – auf ähnliche Weise wie der Bundes-EAK entstanden, indem eine evangelische Persönlichkeit die Initiative übernahm. Ende 1955 gab es bereits in den meisten, wenn auch noch keineswegs in allen CDU-Landesverbänden auch Landes-EAK; Schröder erhielt während seiner Amtszeit zuweilen wieder Nachricht, daß sich neue Verbände gegründet hatten (vgl. Vorstandsprotokoll vom 14. Febr. 1958, in dem unter Tagesordnungspunkt 5 die Gründung eines EAK Saar behandelt wurde, ACDP I-483, 055/2, sowie Dichtel an Schröder v. 10. März 1961, ACDP IV-001, 002/2, über die Gründung eines EAK Südbaden). Hinsichtlich der regionalen Entwicklungen gibt es jedoch sicher noch erheblichen Forschungsbedarf.

⁴⁷ ACDP IV-001, 002/1, Prot. v. 8. Febr. 1955.

erfolgt sei. Freilich wurde der Vorbehalt gemacht, daß der Vorstand durch eine geeignete norddeutsche Persönlichkeit zu ergänzen sei.⁴⁸

Dies klingt auf den ersten Blick mehr als widersprüchlich. Der Widerspruch resultierte aus dem Wunsch, einerseits möglichst alle wichtigen evangelischen Landesteile im Vorstand vertreten zu sehen, andererseits dies aber nicht irgendwie fixieren zu wollen. Aus dem Bestreben, die katholische Seite nicht zu provozieren und den EAK nicht als einen allzu fest konstituierten Verband erscheinen zu lassen, wurde darauf verzichtet, sich eine Satzung zu geben. In den (Bundes-)EAK wurden deshalb nicht Vertreter der Landesverbände delegiert, sondern dieser sollte trotz allmählicher Institutionalisierung ein möglichst informeller Kreis bleiben.⁴⁹

Die durch Strauß' Organisationsänderung hervorgerufenen personellen Irritationen – der bei der Sitzung nicht anwesende Ernst Bach hatte sich schon wenig später bei Schröder heftig über die Abschaffung von drei der vier Stellvertreter-Posten beschwert – konnten schon im Februar des folgenden Jahres beigelegt werden, indem wieder mehrere gleichberechtigte Stellvertretende Vorsitzende gewählt wurden.⁵⁰ Die Fragen hinsichtlich einer endgültigen Organisationsform des EAK, insbesondere hinsichtlich der Zusammensetzung und der Repräsentation der Landes-EAK blieben jedoch offen. Während einige Vorstandsmitglieder der Ansicht waren, daß sich die Dinge gut eingespielt hätten, so vor allem Strauß und Edo Osterloh, der eine zunehmend wichtige Rolle im EAK spielte,⁵¹ sprachen sich andere für ein Delegierten- und Schlüsselssystem aus. Der Vorstand beschloß, einen Vorschlag für letzteres auszuarbeiten.⁵² Bei diesem Beschluß blieb es jedoch vorerst.

Zwar gab es gelegentlich Kritik an der eher zufälligen Zusammensetzung der jährlichen Bundestagungen des EAK⁵³, die seit der Gründungsver-

48 ACDP IV-001, 002/1, Prot. v. 1. Dez. 1955

49 Diese Sorge, die Katholiken in der Union zu provozieren und mit einer Konstituierung der Evangelischen als eigenem Verband innerhalb der Union den Keim der Spaltung in die Partei zu tragen, kam noch 1962, als man endlich daranging, sich eine Satzung zu geben, in einer Rede des EAK-Vorsitzenden Gerhard Schröder auf der Landestagung des EAK Rheinland (3. Juni 1962, ACDP I-483, 053/2) zum Ausdruck.

50 Bach an Schröder, 14. Dez. 1955, ACDP I-483, 054/1, sowie Protokoll der Vorstandssitzung v. 6. Febr. 1956, ACDP I-483, 055/2.

51 Osterloh war damals als protestantischer Theologe Ministerialdirektor und »der erste Vertreter« des katholischen Bundesfamilienministers Würmeling, worauf der Kölner Erzbischof Josef Kardinal Frings in seinem Referat vor der Fuldaer Bischofskonferenz besonders hinwies, zit. nach N. TRIPPEN (wie Anm. 30), S. 369.

52 Protokoll der Vorstandssitzung v. 6. Febr. 1956, ACDP I-483, 055/2.

53 Hier ist vor allem die kritische Zusage des Bonner EAK-Kreisvorsitzenden Karl Gronwald nach der Bundestagung von 1957 in Kassel zu nennen (Gronwald an Schröder, 15. Aug. 1957, ACDP I-483, 054/1); darin kritisierte er unter anderem das zu teure Hotel, die vornehme Zurückhaltung der politischen Prominenz, die zu geringen Impulse für die politische

anstaltung 1952 in Siegen die in der Öffentlichkeit sichtbarste Aktivität des EAK darstellten, aber es dauerte bis Anfang der sechziger Jahre, ehe man sich entschließen konnte, daran etwas zu ändern. Der entscheidende Anstoß kam schließlich aus dem westfälisch-lippischen Landes-EAK, der 1960 den Antrag einbrachte, eine Delegiertenkonferenz einzuberufen, die dem EAK eine Bundesordnung geben solle.⁵⁴ Erst ein weiteres Jahr später wurde auf der Hamburger Bundestagung beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die eine »innere Ordnung« ausarbeiten sollte.⁵⁵ Doch offenbar hat diese Kommission bis 1962 nicht getagt bzw. zumindest keine greifbaren Ergebnisse produziert, denn auf der Sitzung des Vorstandes am 1. Februar 1962 kam es darüber zu einer Diskussion, die in der Tagesordnung nicht vorgesehen war.⁵⁶ Im Anschluß an den üblichen Bericht zur politischen Lage durch den Vorsitzenden kritisierte Otto Schmidt, der einflußreiche CDU- und EAK-Mitbegründer aus Wuppertal, die Arbeit des EAK als zu unverbindlich; er sei bisher gegen alles Institutionelle gewesen, jetzt sei aber die lose Form nicht mehr durchzuhalten.

Anscheinend entsprach diese Wortmeldung nicht nur der Stimmung in den rheinischen und westfälischen Landes-EAK, denn auch vom badischen Vertreter wurde Zustimmung signalisiert. Interessant ist die Begründung von Schmidt, der andeutete, daß eine stärkere Organisierung der Evangelischen notwendig sei, um den zunehmenden katholischen Einfluß zu konterkarieren, der sich vor allem bei der Aufstellung der Landeslisten manifestiere.⁵⁷

Freilich blieb diese Argumentation nicht ohne Widerspruch. Edo Osterloh, der inzwischen Kultusminister in Schleswig-Holstein geworden war, warnte vor einer nicht ungefährlichen Entwicklung und stellte die rhetorische Frage,

Arbeit und den akademischen Charakter der Vorträge und Diskussionen, aber eben auch die zufällige Zusammensetzung des Teilnehmerkreises, die auf veralteten Listen beruhe, und schlug vor, eine demokratische Delegation aus den Kreis- und Landes-EAK vorzunehmen. Diese Kritik wurde durchaus ernst genommen und intern diskutiert, wie aus einem Brief des Geschäftsführers Strümpfel an Alfons Kreußel, den bayerischen EAK-Vorsitzenden, hervorgeht (22. Okt. 1957, ACDP IV-001, 002/1). Strümpfel legte einige Zeit später einen Entwurf für einen an der Stärke der evangelischen Bevölkerung und CDU-Mitgliedschaft orientierten Delegierten-Schlüssel vor, der allerdings nicht umgesetzt wurde (Strümpfel an Schröder, 10. März 1959, ACDP I-483, 052/3).

⁵⁴ Protokoll vom 31. März 1960, S. 12 (ACDP IV-001, 002/2). Über diesen Antrag wurde allerdings nicht abgestimmt.

⁵⁵ Protokoll der Bundesarbeitskreissitzung v. 1. Juni 1961, ACDP IV-001, 002/2.

⁵⁶ ACDP IV-001, 001/1 (aus dem handschriftlichen Protokoll ist die Diskussion einigermaßen rekonstruierbar).

⁵⁷ Bereits seit einiger Zeit war in der Presse das Schlagwort vom »evangelischen Unbehagen« im Umlauf, mit dem auf angebliche Majorisierungsängste der Evangelischen in der CDU ebenso wie auf eine allgemeine evangelische Unzufriedenheit mit dem parteipolitischen Betrieb angespielt wurde; vgl. Kai-Uwe von HASSEL, *Das ›Evangelische Unbehagen‹ in der Politik*, in: EV 9 (1961), Nr. 11, S. 1-6.

ob die Katholiken in Schleswig-Holstein etwa Katholische Arbeitskreise gründen sollten. Auch der Vorsitzende Schröder warnte vor der Gefahr dieser Tendenz, schloß sich am Ende aber der Mehrheitsmeinung an, die den Auftrag an die Hamburger Kommission erneuerte. Auf der kommenden Wiesbadener Bundestagung sollte die Kommission einen Satzungsentwurf vorlegen. Die Diskussion zeigt, daß sich auch im zehnten Jahr des Bestehens des EAK wenig an dessen schwieriger innerparteilicher Situation geändert hatte.

Die weitere Entwicklung ging dann, verglichen mit dem bisherigen Gang der Dinge, außerordentlich rasch. Bereits am 18. Mai legte die Hamburger Kommission unter Führung von Walter Strauß einen Entwurf vor, dem der Bundesvorstand am 24. Mai seinen Segen gab.⁵⁸ Danach sollte der Bundesarbeitskreis aus je zwei Mitgliedern der Vorstände der Landesarbeitskreise, den evangelischen Mitgliedern des Präsidiums der Bundespartei und dem evangelischen Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden der CSU, dem Präsidenten oder Vizepräsidenten des Bundestages, den Bundesministern, dem Geschäftsführer der Bundespartei oder dessen Stellvertreter, soweit diese evangelisch seien, sowie aus bis zu zwölf kooptierten Mitgliedern bestehen. Aus der Mitte des Bundesarbeitskreises solle ein Vorstand mit sieben Mitgliedern, darunter ein Vorsitzender und ein oder mehrere Stellvertreter gewählt werden. Der Bundesarbeitskreis sollte sich innerhalb von drei Monaten nach einer Bundestagswahl neu konstituieren. Mit diesen Regelungen wurde einerseits sichergestellt, daß sowohl die »geborenen Mitglieder« als auch die Landes-EAK im Bundes-EAK angemessen vertreten sein würden. Andererseits wurde der besondere Charakter des EAK gewahrt, der eben keine »Partei in der Partei« mit einem demokratischen Aufbau von unten nach oben sein sollte. Deshalb hatte man sich für das »Senatsprinzip« entschieden, das allen Landes-EAK eine gleich starke Vertretung im Bundes-EAK ermöglichte.

Doch genau an dieser Entscheidung entzündete sich ein Konflikt. Der westfälisch-lippische Landes-EAK, der die Einführung einer inneren Ordnung entscheidend angestoßen hatte, war mit dieser Lösung nicht zufrieden. Im Sommer 1962 erklärten alle Landes-EAK bis auf diesen ihre Zustimmung zum Entwurf. Der Einwand der Westfalen bestand eben darin, daß sie sich als unterrepräsentiert empfanden. Eine Entschließung teilte dem Bundes-EAK mit, daß man für die bevorstehende Bundestagung drei Delegierte nominieren werde; dies solle aber nicht als Zustimmung ausgelegt werden, vielmehr erwarte man, daß entsprechend der Stärke des Landes-EAK zwei

⁵⁸ Ein Exemplar des Entwurfes s. ACDP I-483, 054/2. Vorstandssitzung v. 24. Mai 1962 s. ACDP I-483, 053/2.

weitere westfälische Vertreter in den Bundes-EAK gewählt würden.⁵⁹ Auf der Bundestagung am 4. Oktober 1962 erläuterte der westfälische Delegierte Manfred Luda die Vorschläge der Westfalen. So forderten sie einen »stärker der Gesamtpartei entsprechenden organischen Aufbau des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU von unten nach oben, d.h. eine zahlenmässig unterschiedliche Vertretung der Landesarbeitskreise je nach Grösse im Bundesarbeitskreis.«⁶⁰ Dazu schlug man eine Staffelung von drei Delegierten für die großen (z.B. Westfalen), zwei für die mittleren und einen für die kleinen Landes-EAK (z.B. Bremen) vor. Darüber hinaus wollte man zur Verbesserung des Kontaktes zwischen Bundes- und Landes-EAK die Arbeitsperiode des Bundes-EAK auf zwei Jahre verkürzen und als drittes Organ neben Bundes-EAK und Vorstand die Bundesversammlung einführen. Diese Vorschläge wurden diskutiert und von der großen Mehrheit abgelehnt.

Als Tenor der Gegenargumente hält das Protokoll fest: »Es wird nachdrücklich betont, dass es sich bei dem Arbeitskreis um keine Institution handele und jeder organisatorische Perfektionismus den Sinn des Arbeitskreises gefährde, der von Hermann Ehlers her immer von der für die Mitarbeit notwendigen Persönlichkeit und nicht von einer zahlenmässigen Vertretung der regionalen Kreise angegeben sei. Dieses Persönlichkeitsprinzip müsse im Interesse der Aufgabenstellung des Arbeitskreises und insbesondere im Blick auf den Unionsgedanken unbedingt beibehalten werden.«⁶¹

Unter Rückgriff auf die »kanonische« Autorität von Hermann Ehlers wurde der Ansatz der Westfalen zurückgewiesen und der Charakter des EAK gesichert, der sich als Arbeitskreis von evangelischen Persönlichkeiten in der CDU/CSU verstand. Zugleich sollte jede Provokation der Katholiken vermieden werden. Dennoch kam man den Westfalen entgegen. Auf der Bundestagung vom 10. Dezember 1962 wurde beschlossen, das Verhältnis zwischen Delegierten und »geborenen« EAK-Mitgliedern zugunsten der ersteren zu verschieben und in einer endgültigen Fassung der »inneren Ordnung« festzulegen, daß die Landes-EAK drei stimmberechtigte Mitglieder in den Bundes-EAK entsenden sollten. Auch sollte zukünftig zu einer zweijährigen Wahl des Vorstandes übergegangen werden.⁶² Damit war der Konsens wiederhergestellt und der EAK hatte eine innere Ordnung erhalten, die über eine längere Periode Bestand hatte und die zugleich

59 ACDP IV-001, 002/2.

60 Protokoll v. 4. Okt. 1962, S. 5, ACDP IV-001, 002/2.

61 Ebd., S. 5 f. Wenn G. MEHNERT (wie Anm. 5, S. 31) in der organisatorischen Zurückhaltung vor allem »ein Stück bewußter evangelischer Freiheit, die sich nicht einfach in das Ordo-Gefüge einer Satzung einzwängen läßt«, sieht, so ignoriert er den Hauptaspekt, die Sorge um den Unionsgedanken, völlig.

62 Protokoll v. 10. Dez. 1962, ACDP IV-001, 002/2.

den Selbstbehauptungswillen des EAK dokumentierte.⁶³ Allerdings blieb der EAK mit dieser Ordnung auch einem Honoratiorencharakter verhaftet, was der Verwirklichung eines mit der Verabschiedung ursprünglich verbundenen Anliegens, der Aktivierung der evangelischen Mitgliedschaft und insbesondere der jüngeren Generation, nicht gerade förderlich war.

Politische Arbeit und Aktivitäten des EAK

Das primäre Ziel des EAK war es, für die Unionsparteien Wählerstimmen im evangelischen Lager zu gewinnen.⁶⁴ Zu diesem Zweck wurden seit der Gründung durch Hermann Ehlers zwei Strategien benutzt. Zum einen galt es, innerhalb der CDU/CSU Präsenz zu zeigen und sichtbaren Einfluß zu demonstrieren – d.h. auch, wie bereits oben gezeigt, ganz konkrete Personalpolitik zu betreiben –, um zu beweisen, daß die Union keine Fortsetzung der Zentrumsparterie mit anderen Mitteln sei, und derartige Propaganda, woher sie im Einzelfall auch kam, zu widerlegen.⁶⁵ Daß dies zugleich den Machtambitionen der evangelischen CDU-Politiker diene, war bereits zu Ehlers' Zeiten ein durchaus erwünschter Nebeneffekt, auch wenn immer wieder betont wurde, daß der EAK keineswegs als Hausmacht einzelner Politiker dienen solle.⁶⁶ Zum anderen aber sollte direkt die evangelische Öffentlichkeit angesprochen werden und auch auf die Amtskirche Einfluß genommen werden. Diese drei Tätigkeitsebenen des EAK, die Öffentlichkeit, die Kirche und die innerparteiliche Stellung, sollen im folgenden näher beleuchtet werden.

63 Dies kam bereits auf der Oktobertagung in Wiesbaden zum Ausdruck, als der geschäftsführende Parteivorsitzende Dufhues, von dem in der Presse gemunkelt wurde, daß er den EAK mittlerweile für überflüssig halte, diesen zu »kräftiger, aufgeschlossener und moderner Aktivität« ermunterte; zit. nach EV 10 (1962), Nr. 11, S. 18.

64 In der konkreten Situation vor Wahlen wurden immer wieder Möglichkeiten der Beeinflussung der Wahlentscheidung diskutiert; vgl. z.B. das Protokoll der Sitzung des Bundesarbeitskreises v. 5. April 1957, ACDP IV-001, 002/1). Zuweilen mündete dies in direkte Wahlaufrufe, so z.B. »Die Union lebt. Kasseler Erklärung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU«, veröffentlicht in: EV 5 (1957), Heft 8, S. 1 ff., und »Evangelischer Wähler« 9. Bundestagung des EAK, 1.-3. Juni 1961, Hamburg, in: EV 9 (1961), Heft 6, ohne Seitenangabe. Ähnliches gilt auch für die Tagungsorte, die gerne dorthin gelegt wurden, wo Wahlen anstanden; vgl. z.B. das Protokoll des Vorstandes v. 14. April 1961, ACDP IV-001, 001/1.

65 Solche Vorwürfe wurden nicht nur von seiten der SPD und der GVP erhoben, sondern zuweilen auch von der FDP (vgl. die Presseerklärung v. 2. Juni 1961, ACDP I-483, 60/2, in der der EAK zu einer Kontroverse zwischen der nordrhein-westfälischen FDP, insbesondere Liselotte Funcke, und der Landesregierung um angeblich katholisch-konfessionelle Personalpolitik Stellung nahm; Schröder und Osterloh versuchten die Gemüter zu beruhigen, indem sie jeglichen Konfessionalismus zurückwiesen) und bereits früher vom BHE (vgl. Protokoll der Sitzung des Bundesarbeitskreises vom 6. Okt. 1954, ACDP IV-001, 002/1).

66 Vgl. G. MEHNERT (wie Anm. 5), S. 40 f.

Das wichtigste Instrument zur Darstellung des EAK in der Öffentlichkeit waren seit der Gründung in Siegen die fast jährlich durchgeführten Bundestagungen.⁶⁷ In den Sitzungen des Vorstandes und des Bundesarbeitskreises wurde viel Zeit und Energie auf die Konzeption der Tagungen, auf die Fragen, welche Themen behandelt, welche Referenten gewonnen werden sollten, verwendet. Die Tagungen sollten neben dem eher vordergründigen, gleichwohl aber wichtigen Zweck der Wahlwerbung auch der geistigen Orientierung dienen und dazu beitragen, politische Grundfragen aus evangelischer Sicht zu beleuchten. Deshalb wurden auch mehrfach prominente Theologen und evangelische Intellektuelle als Referenten eingeladen, so z.B. Walter Künneht (1954) und Helmut Thielicke (1962) sowie Arnold Gehlen (1964) und Karl Dietrich Erdmann (1965); darüber hinaus waren einige der maßgeblichen EAK-Mitglieder wie Edo Osterloh, Wilhelm Hahn und Martin Redeker selbst Theologen.⁶⁸

Es kann, nach allem, was über die Gründungsgeschichte des EAK geschrieben wurde, kein Zweifel daran bestehen, daß dieser sich eher im konservativen Spektrum des deutschen Protestantismus verortete. Dabei knüpfte man einerseits an bestehende Traditionen an. Dies wird mehr als deutlich in den Ausführungen von Walter Strauß, die er als Berichterstatter der Arbeitsgruppe »Die geschichtlichen Kräfte des Protestantismus und unser politischer Auftrag« auf der Bundestagung von 1957, machte: »Daher [in Reaktion auf die Schocks von 1918 und 1945] haben wir, Hermann Ehlers in erster Linie, unsere besondere Aufgabe darin gesehen, uns um die Wiedergewinnung dieses Staatsverständnisses und eines gesunden Geschichtsbewußtseins zu bemühen und den richtigen evangelischen Beitrag zum Vaterlandsbegriff zu leisten.«⁶⁹

Daran, was mit *diesem* Staatsverständnis gemeint war, ließ Strauß keinen Zweifel: »Der preußische Staatsgedanke, in dem sich in einer eigenartigen Weise Luthertum und Reformierte gefunden haben (die Hohenzollern waren über 200 Jahre Reformierte), lehrt uns ..., daß es jenseits der Teile ein Ganzes gibt, jenseits der Parteien, Fraktionen und Faktionen einen gemeinsamen Staat. In vielen Diskussionen klang an, daß diese Erkenntnis es zur Aufgabe gerade des evangelischen Teiles der CDU mache, den Staat als Ganzes jenseits der Teile, auch jenseits der eigenen Partei zu sehen.«

Man blieb aber bei solchen Belehrungen, deren Wirkungen auf die Ka-

67 Die Bundestagungen brauchen hier nicht im einzelnen behandelt werden, da dies den Schwerpunkt der Darstellung bei G. MEHNERT (wie Anm. 5) ausmacht.

68 Dies führte jedoch auch zu der bereits angesprochenen Kritik der Tagungen als allzu akademisch (s. o. Anm. 53).

69 »Evangelische Verantwortung heute«, Berichte der Arbeitsgruppen der 6. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises, EV 5, Nr. 7, S. 9-12, hier S. 9.

tholiken in der Partei wohl nicht bedacht wurden, nicht stehen, sondern zeigte den Willen, die Tradition zu modernisieren, autoritäre und nationalistische Elemente des deutschen Protestantismus zu überwinden. Es gelte das Spannungsverhältnis von »Protestantismus und Demokratie« zu lösen und »einem falschen Nationalismus endgültig abzusagen und nach neuen Formen des Denkens und des Verhaltens im Sinne einer Partnerschaft in der Verantwortung zu suchen.«⁷⁰ Dies betreffe sowohl die Nachbarn im Westen und Osten als auch die nichtchristlichen, überseeischen Völker, die in der Entwicklung begriffen seien. Diese beispielhaften Äußerungen zeigen, daß der EAK in den fünfziger Jahren einen wichtigen Beitrag zur Modernisierung der konservativen protestantischen Traditionen, die mit der eindeutigen Unterstützung der Westbindung bzw. einer generellen Öffnung zum Westen begonnen hatte, und damit zur Entstehung eines demokratischen Konservatismus leistete, der in der deutschen Geschichte stets unterentwickelt war.⁷¹

Betrachtet man die thematische Entwicklung der EAK-Bundestagungen im Zusammenhang, so fällt auf, daß das zentrale Motiv der frühen Jahre, die Spannung zwischen Wiedervereinigung und Wiederbewaffnung, sukzessive an Bedeutung verlor. Die Berliner Tagung von 1956, die unter dem wenig aussagekräftigen Motto »Herausforderungen unserer Zeit« stand, wurde – nicht zuletzt unter dem Eindruck des *genius loci* – von der Auseinandersetzung mit der in der DDR herrschenden Ideologie und der Thematik der Wiedervereinigung dominiert. So begann die Entschließung der kultur- und schulpolitischen Arbeitsgruppe mit einem Punkt zur Wiedervereinigung. Der Inhalt war allerdings bezeichnend; es sollte die westdeutsche Bildungspolitik ihren Beitrag zur Wiedervereinigung durch »die geistige Überwindung des kommunistischen atheistischen Materialismus« leisten.⁷² Zwei Jahre später war die Tagung von Essen mit dem Titel »Wiedervereinigung – Verteidigung – Europa« überschrieben, doch zeichnete sich hier die veränderte Einstellung zur Wiedervereinigung noch deutlicher ab. Hatte Gerhard Schröder in seiner ersten Äußerung als neuer Vorsitzender des EAK in der »Evangelischen Verantwortung« noch von der Wiedervereinigung als unmittelbar aktueller Aufgabe gesprochen und dabei selbst die deutschen Ostgebiete eingeschlossen,⁷³ so entwarf er in seinem Vortrag über die »innenpolitischen Voraussetzungen der Wiedervereinigung« ein anderes Bild. Einleitend bezeichnete

70 Zitate ebd. S. 10.

71 Dies ist auch die zentrale Erkenntnis der Studie von Th. SAUER (wie Anm. 12) über den Kronberger Kreis, der enge Verbindungen zum EAK hatte und diesem in vielem vergleichbar ist.

72 Zit. nach: EV 4 (1956), Nr. 10, S. 5.

73 Wie Anm. 45.

er die Ostgebiete, ohne auf die Vertriebenen weiter Rücksicht zu nehmen, als eine durch die fast restlose Vertreibung »nationalpolitisch tote Zone«; unter Wiedervereinigung könne man deshalb nur die staatliche Vereinigung von Bundesrepublik, DDR und Berlin verstehen.⁷⁴ Der entscheidende Punkt im Hinblick auf die Wiedervereinigung wurde – wie er selber sagte – »nicht leichten Herzens« wenig später ausgesprochen: »Aber ein freier demokratischer gesamtdeutscher Staat kann nur dann Wirklichkeit werden, wenn die Bundesrepublik als derzeit einziger freier Teil Deutschlands am Tage der Wiedervereinigung intakt und für ihre Verpflichtungen gegenüber Gesamtdeutschland politisch, geistig und moralisch gerüstet ist.«⁷⁵

Daraus wurde eine Argumentationsfigur deutlich, die schon aus der Verfassungsdiskussion vertraut war, daß die Bundesrepublik gewissermaßen eine Treuhänderfunktion für die Bevölkerung der »Zone« ausübe: »Für sie lebt und wirkt das wahre Deutschland in der Bundesrepublik. Für sie sind wir die Träger der geschichtlichen Aufgabe Deutschlands, die Hüter der Tradition, die Bahnbrecher einer neuen Entwicklung, die Repräsentanten der Nation. Solange wir diese Aufgabe sichtbar und glaubwürdig erfüllen, solange wird dem Regime drüben das Zeichen der Dauer und Beständigkeit fehlen.«⁷⁶

Kaum mehr implizit war in diesen, für einen so sachlichen, nüchternen Politiker wie Gerhard Schröder erstaunlich pathetischen Worten das Eingeständnis enthalten, daß mit einer baldigen Wiedervereinigung nicht zu rechnen sei. Statt einer operativen Wiedervereinigungspolitik, die in der realpolitischen Situation nicht mehr möglich war, wurde der bundesdeutschen Politik eine Treuhänderfunktion aufgegeben, ja aufgebürdet. Die Gefahr, daß damit eine Überforderung verbunden war, daß die Treuhänderpolitik allmählich einer mehr oder weniger selbstgefälligen Genügsamkeit weichen würde, war von Anfang an evident; dennoch war mehr in der weltpolitischen Gesamtlage auch vor dem Mauerbau kaum möglich. Daß der EAK jener Gefahr nicht ganz ausweichen konnte, wird schon in der thematischen Entwicklung erkennbar.

Traten zu Anfang der sechziger Jahren eher allgemein bzw. sehr konkret im Blick auf Wahlen formulierte Themen in den Vordergrund (»Der Einzelne und die Gesellschaft heute«, 1960; »Die Entscheidung des evangelischen Wählers«, 1961; »Evangelische Verantwortung für Morgen«, 1962; »Geist, Ordnung, Macht«, 1964; »Verantwortung für Deutschland«, 1965), so wurde in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts der Selbstbezug immer deutlicher

⁷⁴ Zit. nach dem Manuskript (ACDP I-483, 041/2), S. 6; die Rede ist abgedruckt in: EV 6 (1958), Nr. 6, S. 2-7.

⁷⁵ Manuskript, S. 11.

⁷⁶ EBD., S. 13.

(»Macht und Bildung in unserem Staat«, 1966; »Unsere Demokratie zwischen gestern und morgen«, 1968; »Freiheit und Autorität in unserem Staat«, 1969).⁷⁷

Eine weitere Form des Selbstbezuges war der Verlust des direkten politischen Gegners. Zwar gab es für die Gründung des EAK eine Reihe struktureller Gründe, der konkrete Anlaß aber war die Konkurrenz im evangelischen Lager durch das Bündnis von Gustav Heinemann mit dem barthianisch geprägten Flügel der evangelischen Kirche gewesen. Die Auseinandersetzung mit dieser – in sich sehr heterogenen – Gruppe prägte die politische Arbeit des EAK auch noch in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, als nicht mehr die Wiederbewaffnung, sondern die Anti-Atomtod-Bewegung und die verschiedenen mehr oder weniger neutralistischen Pläne zur Wiedervereinigung im Vordergrund der Diskussion standen. Ein Beispiel für diese Auseinandersetzung war die heftige Reaktion auf die berühmte Nachtsitzung des Bundestages vom 23./24. Januar 1958, in der der FDP-Politiker Thomas Dehler und Heinemann Adenauer vorwarfen, die Wiedervereinigung nie gewollt zu haben, und in der Heinemann das Wort sprach, daß Jesus Christus nicht gegen Karl Marx, sondern für uns alle gestorben sei.⁷⁸ Der EAK widmete der Auseinandersetzung eine ganze Ausgabe der »Evangelischen Verantwortung« mit Artikeln von Schröder, Gerstenmaier, Osterloh und mehreren anderen Autoren – insgesamt der ersten Garde.⁷⁹

Auch die Bundestagung des Jahres und die bereits zitierte Rede von Gerhard Schröder über die innenpolitischen Voraussetzungen der Wiedervereinigung, in der er sich um einen parteiübergreifenden Konsens bemühte, allerdings einen Konsens zu den Bedingungen der Union, stand noch unter dem Eindruck von Heinemanns Rede, die im evangelischen Raum durchaus auf positives Echo gestoßen war.⁸⁰ Das geradezu Paradoxe war jedoch, daß Heinemann, der sich in erster Linie aufgrund der deutschlandpolitischen Differenzen von der Union getrennt hatte und sich nach dem Scheitern der GVP der SPD anschloß, die deutschland- und bündnispolitische Wende der SPD der Jahre 1959/60, die den programmatischen Anpassungsprozeß der SPD an die vollendeten Tatsachen bundesdeutscher Politik abschloß, nicht verhindern konnte, ihr auch keinen nennenswerten Widerstand entgegen-

⁷⁷ Zu einem gewissen Grad war diese verstärkte Identifizierung mit dem eigenen Staat eine defensive Reaktion auf die Angriffe auf diesen durch die APO, vgl. G. MEHNERT (wie Anm. 5), S. 47.

⁷⁸ Zur Debatte s. H.-P. SCHWARZ, *Adenauer*, Bd. 2 (wie Anm. 36), S. 405 ff.

⁷⁹ EV 6 (1958), Nr. 2/3.

⁸⁰ Selbst der Hannoversche Landesbischof Hanns Lilje schrieb zu dem Wort Heinemanns, daß es »von einem Christen nur vorbehaltlos bejaht werden« könne, auch wenn es nicht als Basis konkreter politischer Entscheidungen dienen könne (zit. nach ebd., S. 9).

setzte und sich von der Deutschlandpolitik weitgehend zurückzog.⁸¹ Damit hatte der EAK im Grunde seinen inner-evangelischen Widerpart verloren, denn für sich genommen waren die Barthianer zu sehr Außenseiter, um eine Bedrohung darzustellen. Auch deshalb wandte sich der Arbeitskreis stärker allgemeinen bzw. tagespolitisch geprägten Themen zu.

Mit der Übernahme des Außenministeriums durch den EAK-Vorsitzenden Gerhard Schröder nahm im übrigen die Außen- und Sicherheitspolitik insgesamt etwas von der Rolle ein, die die Deutschland- und Wiederbewaffnungspolitik in den fünfziger Jahren gespielt hatte. Schröders Außenpolitik der engen Anlehnung an die USA kombiniert mit einer vorsichtigen Annäherung an den Osten fand beim EAK und im Protestantismus insgesamt einen Rückhalt, aber auch bei der Bonner Opposition viel Beifall. Die Gegner dieser Politik kamen zumeist aus den Reihen der Union und waren häufig Katholiken.⁸² Auf die Bedeutung dieser Tatsache für den EAK wird noch einzugehen sein.

Daß der direkte inner-evangelische Widersacher an Bedeutung verloren hatte, bedeutete nun keineswegs, daß es keine innenpolitischen Gegner mehr gab. Im Gegenteil, mit der Mitgliedschaft Heinemanns, dem seine Anhänger und allein in Württemberg 160 Pfarrer gefolgt waren, und, ebenso wichtig, der Godesberger Wende, wurde die Aufgeschlossenheit des deutschen Protestantismus der SPD gegenüber spürbar größer.⁸³ Der

81 Vgl. Karl-Ludwig SOMMER, *Gustav Heinemann und die SPD in den sechziger Jahren. Die Entwicklung politischer Zielsetzungen in der SPD in den Jahren 1960 bis 1969, dargestellt am Beispiel der politischen Vorstellungen Gustav Heinemanns*, München 1980, S. 71 ff. bes. S. 75 ff.

82 Zu den Grundzügen von Schröders Außenpolitik s. die noch immer lesenswerte Darstellung von Waldemar BESSON, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe*, München 1970, S. 329 ff., sowie Werner LINK, *Die Deutschlandpolitik der Bundesregierungen Erhard und der Großen Koalition*, in: *Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«*, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. V/2: Deutschlandpolitik, innerdeutsche Beziehungen und internationale Rahmenbedingungen, Baden-Baden 1995, S. 1676-1743, hier S. 1683 ff. Zu den innerparteilichen Auseinandersetzungen s. Klaus HILDEBRAND, *Zur Problematik der deutsch-französischen Beziehungen in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts*, in: Henning KÖHLER (Hrsg.), *Deutschland und der Westen. Vorträge und Diskussionsbeiträge des Symposiums zu Ehren von Gordon A. Craig*, Berlin 1984 (Studien zur europäischen Geschichte, Bd. 15), S. 169-184, hier bes. S. 171 f. Das evangelische Interesse an der Ostpolitik kulminierte in der sogenannten Ostdenkschrift von 1965 (*Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn*, gedruckt in: *Die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland*, hrsg. von der Kirchenkanzlei der EKD, Bd. 1: *Frieden, Versöhnung und Menschenrechte*, Gütersloh 1978, S. 77-126). Die Denkschrift war zwar sehr umstritten (vgl. *Stimmen zur Denkschrift der EKD*, hrsg. von Peter NASARSKI, Köln 1966), fand aber auch im konservativeren evangelischen Spektrum durchaus Unterstützung; vgl. Th. SAUER (wie Anm. 12), S. 176-185, bes. S. 184 f.

83 Die Anfänge der Annäherung zwischen SPD und evangelischer Kirche waren freilich sehr viel älter, vgl. M. MÖLLER (wie Anm. 15) sowie Peter LÖSCHE/Franz WALTER, *Die SPD: Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung*, Darmstadt 1992, S. 332 ff.

EAK reagierte auf diese Entwicklung, indem er die direkte parteipolitische Auseinandersetzung stärker in den Mittelpunkt der politischen Arbeit stellte. Beispielhaft kam dies auf der Bundestagung 1961 in Hamburg in der Rede des Vorsitzenden Gerhard Schröder zum Ausdruck. Unter dem Titel »Kompromiß mit der SPD?« setzte sich Schröder mit der öffentlichen Stimmung auseinander, daß es Zeit für einen Wechsel sei, daß die SPD zumindest an der Regierung beteiligt werden müsse. In der Vorphase des Wahlkampfes wenig überraschend wies er derartige Ansinnen zurück und bezeichnete die programmatische Wende der SPD als eine Mischung aus Gesinnungswandel und Opportunismus und lehnte insbesondere eine Große Koalition aus grundsätzlichen demokratietheoretischen Gründen wie aus Mißtrauen gegenüber der Ernsthaftigkeit der sozialdemokratischen Läuterung ab. Vor allem Herbert Wehner wird in dieser Rede eine Rolle als Chefarchitekt marxistischer Camouflage zugewiesen.⁸⁴

Diese stärker parteipolitische Orientierung der politischen Arbeit des EAK beeinflusste und belastete das Verhältnis zur evangelischen Kirche, das zu Anfang der sechziger Jahre alles andere als harmonisch war. Wo die Probleme lagen, verdeutlicht ein Brief, den der hannoversche Oberkirchenrat Erwin Wilkens im Anschluß an die Hamburger Bundestagung an Gerhard Schröder in dessen Eigenschaft als EAK-Vorsitzender richtete.⁸⁵ Wilkens hatte bereits mehrfach in der »Evangelischen Verantwortung« geschrieben und fühlte sich nach eigenem Bekunden der Arbeit und dem Anliegen des EAK verbunden. Gerade deshalb wollte er Schröder seine kritischen Gedanken zum »Verhältnis der CDU bzw. ihrer evangelischen Abgeordneten zur evangelischen Kirche« mitteilen. Durchaus selbstkritisch erwähnte Wilkens auch die Schwächen in der Argumentation der evangelischen Theologen⁸⁶, die nur wenig in der Lage seien, »politisch zu denken und auch einer politischen Gesinnungsgemeinschaft wie der CDU zugute zu halten, daß sie eben

⁸⁴ Die Rede ist als Broschüre (Bonn 1961) und in der Evangelischen Verantwortung (EV 6/1961, Nr. 6) veröffentlicht.

⁸⁵ Wilkens an Schröder, 14. Juni 1961, ACDP I-483, 053/2. Aus diesem Brief stammen die folgenden Zitate. Vgl. auch zur Verstimmung zwischen den evangelischen Unionspolitikern und der Kirche den Bericht über die Hamburger Bundestagung von Eberhard BITZER, »Schröders Paukenschlag in Hamburg. Das Unbehagen der Protestanten in der Union«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 7. Juni 1961. Noch ein Jahr zuvor war diese Verstimmung von evangelischen Spitzenpolitikern wie Edo Osterloh und Gerstenmaier geleugnet worden; vgl. Adenauer: »... um den Frieden zu gewinnen.« *Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957-1961*, bearb. v. Günter BUCHSTAB (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 24), Düsseldorf 1994, S. 610 f., 707 u. 710. Vgl. auch H.-P. SCHWARZ, *Adenauer*, Bd. 2 (wie Anm. 36), S. 603 f.

⁸⁶ Auf der Hamburger Tagung wurde die neue Tradition inauguriert, die Tagung mit einem Theologengespräch in einem Kreis mit eingeladenen Gästen zu beginnen; die Gespräche wurden in den ersten Jahren zumeist von dem Heidelberger Theologen und CDU-Politiker Wilhelm Hahn geleitet; in Hamburg stand das Gespräch unter dem Oberthema »Das Christliche in der deutschen Politik seit 1945«; vgl. G. MEHNERT (wie Anm. 5), S. 39.

ganz bestimmte konkrete politische Aufgaben zu bewältigen hat und ihnen nur mit den dem Feld der Politik eigentümlichen Mitteln gerecht werden kann«; statt dessen würden auch viele Theologen und Pfarrer, »die sicherlich nicht von den Prämissen des politischen Gottesdienstes Karl Barth'scher Prägung her denken und keineswegs den kirchlichen Bruderschaften zuzurechnen sind, dazu neigen, spezifische kirchliche Aufträge, Funktionen und Erkenntnisse unmittelbar in Maximen politischen Handelns umzuwandeln.« Diese Selbstkritik vorausgeschickt, kam Wilkens zu seinem eigentlichen Anliegen, seiner Enttäuschung über das Verhalten und die Argumentation der meisten EAK-Politiker auf der Tagung Ausdruck zu geben: »Anstatt ... über die spezifisch christlichen und evangelischen Voraussetzungen für die Gestalt der Politik nachzudenken und anstatt die kritische Frage aufzuwerfen, ob man seitens der CDU diesen Voraussetzungen immer ausreichend gefolgt ist, wurde das Versagen der Evangelischen Kirche in Deutschland gegenüber ihrer politischen Aufgabe sowie gegenüber der CDU in einer Weise unter Anklage genommen, daß ich darüber nur aufs äußerste bestürzt sein kann.«⁸⁷

Im einzelnen kritisierte Wilkens des weiteren das Unverständnis für die Tiefe des Prinzipienstreits innerhalb der Kirche, der nicht mit dem Maßstab der politischen Erfordernisse einer Partei gemessen werden könne, die Überforderung der Kirche mit politischen Erwartungen und, vielleicht am wichtigsten, das mangelnde Verständnis, für »die wesentliche geschichtliche Aufgabe der EKD in unseren Tagen, nämlich ihren Zusammenhalt in Ost und West zu wahren«. In der heftigen Anklage gegen die Kirche sah Wilkens auch ein Ausweichen vor der Tatsache, daß der EAK die Klärung bestimmter Fragen, vor allem worin der spezifisch evangelische Beitrag zur Formung einer politischen Grundhaltung liegen könne, noch immer nicht wirklich angefaßt habe: »Soll sich der evangelische Wähler wirklich aus christlicher Verantwortung heraus für die CDU entscheiden, wozu ja Ihre Tagung in Hamburg aufrufen wollte, dann muß er wohl aus einer kraftvolleren Substanz heraus angedredet werden, als es bisher geschah.«

Dies alles war für einen eher konservativen Lutheraner, der der CDU im Prinzip nahestand, starker Tobak. Ob der Brief, der allen Vorstandsmitgliedern in Abschrift von Schröder zur Verfügung gestellt wurde, eine direkte Reaktion auslöste, ist anhand der Aktenlage nicht zu rekonstruieren. Aber es ist offenkundig, daß die wachsenden Verständigungsschwierigkeiten mit

⁸⁷ Bereits im Vorfeld der Tagung war die Lage der CDU im mehrheitlich evangelischen Hamburg als wenig erfreulich und die Haltung der evangelischen Pfarrerschaft als völlig gleichgültig gegenüber der CDU charakterisiert worden (Protokoll der Bundesvorstandssitzung v. 14. April 1961, ACDP IV-001, 001/1). Auf der Tagung scheint dieser Befund auf die gesamte evangelische Kirche ausgedehnt worden zu sein.

einem beträchtlichen Teil der Kirche, die gegensätzlichen Erwartungen – hier die Orientierung an theologisch-moralischen Kategorien, dort die enttäuschte Erwartung konkreter politischer Unterstützung der CDU, wie sie von seiten der katholischen Kirche kam –, daß also die Probleme im Verhältnis zur Kirche vom EAK durchaus gesehen wurden. Man reagierte darauf für den EAK verhältnismäßig schnell mit einer Aktivierung der kirchlichen Arbeit. Dieses zweite Standbein der politischen Arbeit des EAK war bis dahin offenbar vernachlässigt worden.

Bereits die oben behandelten organisatorischen Reformen sollten der Aktivierung der EAK-Arbeit dienen. Der nach der neuen Ordnung gewählte Bundesvorstand nahm eine Arbeitsteilung vor, nach der beispielsweise Wilhelm Hahn für die Kontaktpflege zu den evangelischen Theologen und Akademien, Edo Osterloh für regelmäßige Kontakte zu den kirchlichen Institutionen, den Vorsitzenden des Rates der EKD und den Landeskirchenleitungen zuständig waren. Andere Schwerpunkte der Vorstandsarbeit sollten die evangelischen Frauen- und Jugendorganisationen, die evangelische Arbeitnehmerschaft, die Presse, aber auch die Junge Union, der RCDS und die CSU sein.⁸⁸

Die wichtigsten Impulse für theologisch-kirchliche Arbeit gingen in der folgenden Zeit von Wilhelm Hahn aus. Bereits wenige Tage nach der Sitzung des Bundesarbeitskreises, auf der diese Arbeitsaufteilung beschlossen wurde, legte der Geschäftsführer Strümpfel dem Vorsitzenden Gerhard Schröder das »Aktionsprogramm« Hahns vor.⁸⁹ Hahn schlug vor, möglichst bald Arbeitsgespräche mit mehreren im Rahmen der evangelischen Kirche wichtigen Persönlichkeiten zu führen: erstens, den Bischöfen, Präsidien und Kirchenpräsidenten der westdeutschen Landeskirchen, zweitens, den Direktoren der Evangelischen Akademien, drittens, den Leitern der evangelischen Predigerseminare und Kirchlichen Hochschulen und schließlich viertens, den Studentenfarrern. Dieses Arbeitsprogramm wurde tatsächlich zügig in Angriff genommen und umgesetzt. Zur Vorbereitung dieser Gespräche wurde ein von Hahn geleiteter theologischer Arbeitskreis gebildet, der sich schnell unter der Bezeichnung »Studiengruppe« etablierte und sich bemühte, die von Wilkens kritisierten grundlegenden geistigen Defizite zu beheben.⁹⁰

88 Protokoll der Sitzung des Bundesarbeitskreises vom 10. Dez. 1962. Ein weiteres Element der Aktivierung der politischen Arbeit, auf das hier nicht weiter eingegangen werden kann, war die Bestellung eines neuen Redakteurs, Eberhard Amelung, für die *Evangelische Verantwortung*, die zugleich ein neues Layout erhielt und insgesamt professionalisiert und modernisiert wurde. Zugleich wurde sie auch teurer in der Herstellung, was dazu führte, daß sie in der Finanzkrise der Partei 1967 ihr Erscheinen vorübergehend einstellen mußte. Erst 1969 konnte sie wieder erscheinen, anfänglich nur in Form hektographierter Blätter.

89 Vermerk v. 14. Dez. 1962 über ein Gespräch mit W. Hahn, ACDP IV-001, 002/2.

90 Vgl. Wilhelm HAHN, *Ich stehe dazu. Erinnerungen eines Kultusministers*, Stuttgart 1981,

Schon 1963 wurde je ein Gespräch mit den Akademiedirektoren, den sog. »Kirchenführern« und den Studentenpfarrern geführt. Der Charakter dieser Gespräche war, soweit sich dies anhand der handschriftlichen Aufzeichnungen des Bundesgeschäftsführers Strümpfel rekonstruieren läßt, durchaus unterschiedlich. Die Akademiedirektoren, die am 6. Mai mit dem EAK-Vorstand zusammenkamen, artikulierten das ihnen in den Seminaren begegnende Unbehagen der Intellektuellen und vieler Angehöriger der jungen Generation an der Bonner Demokratie, den Parteien und besonders der CDU/CSU. So wurde unter anderem der Stil der politischen Auseinandersetzung, die Gefährdungen der Demokratie bzw. des demokratischen Bewußtseins durch Verletzungen der demokratischen Spielregeln – dabei wurde insbesondere die Spiegel-Affäre genannt –, die Unglaubwürdigkeit der Parteien sowie, im Hinblick auf die CDU/CSU, das allgemeine Absinken in Routine, das mangelnde Profil und das durch die Diskussion um die Kanzlernachfolge und den innerparteilichen Umgang ramponierte Erscheinungsbild der Unionsparteien beklagt. Daneben wurde das anhaltende evangelische Unterlegenheitsgefühl gegenüber den Katholiken in der Union, aber auch das nach wie vor unzureichende staatsbürgerliche Engagement der Protestanten angesprochen. Die Mitglieder des EAK-Vorstandes wiederum kamen mehrfach auf das bereits in dem Wilkens-Brief aufgeworfene Problem zurück, daß von seiten der Kirche theologisch-moralische Begriffe und Vorstellungen allzu direkt auf die Politik übertragen würden. Am Ende kam man zu einer Art Konsens, daß viele Probleme darin ihren Ursprung hätten, daß das deutsche Volk erstmals seit 1914 in einer Situation des »politischen Alltags« lebe, in dem eine gewisse Erstarrung in Routine eingetreten und die Ausübung der Politik durch Berufspolitiker normal geworden sei, was bei Außenstehenden verständlicherweise Unbehagen erzeuge.⁹¹ Trotz der recht offenen Kritik wurde das Gespräch als ein Erfolg empfunden.⁹²

Das Treffen des EAK-Vorstandes mit den Kirchenführern, das am 18. Juni im Hause Schröders stattfand, verlief völlig anders, da hier der EAK-Vorsitzende und Außenminister die Gelegenheit nutzte, um für seine Außenpolitik zu werben. Dies wurde indes keineswegs als unangemessen bewertet; in der Diskussion wurde das große Interesse der Kirchenleitungen an Fortschritten

S. 92 f. Vgl. auch Strümpfel an Schröder v. 14. Mai 1963, ACDP IV-001, 001/3; einer der Mitglieder der Studiengruppe war übrigens auch Erwin Wilkens.

⁹¹ Vgl. die stichwortartige Zusammenfassung des Gesprächs durch EAK-Geschäftsführer Strümpfel v. 6. Mai 1963, ACDP IV-001, 001/3.

⁹² Dies geht aus einem Brief Strümpfels an Schröder hervor, in dem Strümpfel vorschlägt, aus den Aufzeichnungen eine Vorlage zu erstellen, die bei einem nächsten Gespräch als Grundlage dienen könne (v. 14. Mai 1963, ebd.); vgl. auch Th. SAUER (wie Anm. 12), S. 277. Nach Aktenlage scheint ein solches zweites Gespräch jedoch nicht zustande gekommen zu sein.

in den deutsch-deutschen Beziehungen und der Ostpolitik deutlich.⁹³ Obwohl auch dieses Gespräch erfolgreich verlief, fand es erst fast vier Jahre später, im April 1967, unter den völlig neuen Bedingungen der Großen Koalition eine Fortsetzung.

Das Treffen mit den Studentenpfarrern schließlich, das am 24. Oktober 1963 stattfand, ähnelte, was die Themen der Diskussion anging, dem Gespräch mit den Akademiedirektoren, die Stimmung war jedoch deutlich gereizter.⁹⁴ Insbesondere beim Thema »Politik und Moral« gerieten die Diskutanten hart aneinander. Die Pfarrer kritisieren den politischen Stil der Parteien und warfen auch den CDU/CSU-Politikern ein gestörtes Verhältnis zur Wahrheit vor, die nur in Form der »Salami-Taktik« preisgegeben werde. Dies waren offenkundig noch immer die Nachwirkungen der Spiegel-Krise. Auch von innerer Unwahrhaftigkeit der Außenpolitik war die Rede. Die Hallstein-Doktrin wurde in diesem Zusammenhang explizit erwähnt. Von seiten des EAK wurde den Studenten, deren Meinung von den Pfarrern wiedergegeben wurde, eine gewisse politikferne Arroganz und ein Snobismus der Nicht-Engagierten vorgeworfen. Bei konkreteren Themen, etwa dem Blasphemiegesetz, das als Zeichen des vordringenden Klerikalismus interpretiert wurde, dem die evangelischen Abgeordneten zu wenig Widerstand entgegengesetzten, herrschte gespannter Dissenz. Dennoch hatte Wilhelm Hahn nicht ganz unrecht, wenn er das Gespräch als eine »gegenseitige Wiederentdeckung« bezeichnete. Denn trotz der divergierenden Ansichten und Grundstimmungen, trotz der recht großen anfänglichen Distanz wurde gerade dieser Kontakt am regelmäßigsten fortgesetzt. Es kam im Jahr 1964 zu einem Treffen mit Landesjugendpfarrern, 1965 und 1966 noch einmal zu Gesprächen mit den Studentenpfarrern.⁹⁵ Allerdings riß der Gesprächsfaden gerade in dem Moment, in dem er besonders nötig gewesen wäre, als es während der Großen Koalition an den bundesdeutschen Hochschulen wirklich zu brodeln begann.

Insgesamt gesehen, insbesondere wenn man die Nachhaltigkeit der Gesprächskontakte als Maßstab nimmt, bleiben große Zweifel am Erfolg der Aktivierung der politischen Arbeit des EAK im Hinblick auf die Kirchen. Zwar wurde die anfängliche Distanz etwas überwunden, aber eine wirkliche Annäherung wurde schon dadurch verhindert, daß die CDU/CSU in den sechziger Jahren weiterhin ein Bild abgab, das wesentlich von innerparteilichen Auseinandersetzungen und Intrigen geprägt war, was dem

⁹³ Handschriftliches Protokoll von Strümpfel v. 18. Juni 1963, ACDP IV-001, 001/3.

⁹⁴ Handschriftliches Protokoll von Strümpfel v. 24. Okt. 1963, ebd.

⁹⁵ Das Treffen vom 13. Juni 1966 war stark von der Auseinandersetzung über eine ablehnende Äußerung von Hassels über den »Linksprotestantismus« geprägt; vgl. das handschriftliche Protokoll von Strümpfel v. 14. Juni 1966, ebd.

eher konsensualen evangelischen Politikverständnis, wie es sich in den Gesprächen artikuliert hatte, in keiner Weise entsprach. Lediglich in einer Hinsicht waren die Gespräche ein voller Erfolg, wurde doch von allen evangelischen Kirchenleuten deutlich gemacht, daß im Protestantismus ein großes Interesse an einer aktiven Deutschland- und Ostpolitik bestand und daß die innerparteilich stark umstrittene »Politik der Bewegung« Gerhard Schröders einen soliden Rückhalt im evangelischen Raum besaß.

Bereits mehrfach ist inzwischen die innerparteiliche Situation der Union angesprochen worden. Rekapitulierend sei noch einmal auf die besondere Lage des EAK innerhalb der CDU/CSU hingewiesen. Die CDU war bewußt als überkonfessionelle Partei, eben als Union der Katholiken und Protestanten gegründet worden, und dennoch war der Evangelische Arbeitskreis von Hermann Ehlers als protestantischer Sonderverband ins Leben gerufen worden, dem kein katholisches Äquivalent gegenüberstand. Er sollte einerseits die ideologisch-programmatischen Defizite der evangelischen CDU-Politiker aufarbeiten und andererseits innerhalb der Union die Präsenz und den Einfluß der Evangelischen demonstrieren, um alle Vorwürfe, die CDU sei eine klerikal dominierte Fortsetzung des Zentrums, zu widerlegen. Dies war ein im Interesse der Gesamtunion notwendiges Unterfangen, nur als Volkspartei konnte die CDU zur Mehrheitspartei werden und dem berühmten »Zentrumsturm« entkommen. Deshalb wurde die Arbeit des EAK von den katholischen CDU-Politikern gebilligt und unterstützt. Bei den Bundestagungen wurde stets darauf geachtet, daß bei der Abschlußkundgebung auch ein katholischer CDU-Politiker zu Wort kam. Trotz dieser rationalen Erkenntnis der Notwendigkeit blieb auf katholischer Seite stets ein gewisser Vorbehalt, ein Verdacht, daß der EAK als evangelische personalpolitische Lobby dienen sollte. Wie oben gezeigt, war dieser Verdacht keineswegs unbegründet, auch wenn es aus evangelischer Sicht nur logisch war, daß Präsenz zu zeigen, personell angemessen vertreten zu sein hieß.

Während der ersten Jahre war Hermann Ehlers das unbestrittene Haupt der Evangelischen in der CDU. Das Gewicht seiner Ämter, Bundestagspräsident, stellvertretender Parteivorsitzender (neben Jakob Kaiser) und Vorsitzender des EAK, machte ihn, falls es das in der Ära Adenauer überhaupt einmal gegeben hat, zu einem »Kronprinzen« Adenauers.⁹⁶ Nach Ehlers' Tod gelang es nicht, eine solch einflußreiche Position für die Evangelischen zu bewahren. Gerstenmaier wurde Ehlers' Nachfolger als Bundestagspräsident⁹⁷ und Robert Tillmanns als stellvertretender Parteivorsitzender und EAK-Vorsitzender. Nach Tillmanns' überraschendem Tod wurde Ehlers'

⁹⁶ Vgl. H.-P. SCHWARZ, *Adenauer*, Bd.2 (wie Anm. 36), S. 32 f.

⁹⁷ Zur keineswegs einmütigen Wahl von Gerstenmaier, s. ebd., S. 171.

Erbe noch weiter aufgeteilt, denn neben Gerstenmaier als Bundestagspräsident traten Gerhard Schröder als EAK-Vorsitzender und Kai-Uwe von Hassel als stellvertretender Parteivorsitzender. In den Diskussionen des CDU-Bundesvorstands wurde mehr als deutlich, daß der EAK gegenüber den Landesverbänden eine untergeordnete Rolle spielte, denn Schröder war von Ernst Bach ebenfalls als Kandidat für den stellvertretenden Parteivorsitz – die Zahl der Stellvertreter sollte zugleich um zwei auf vier erweitert werden – vorgeschlagen worden. Bach legte jedoch Wert darauf, Schröder in seiner Eigenschaft als EAK-Vorsitzenden genannt zu haben, da die beiden nordrhein-westfälischen Landesverbände mit Jakob Kaiser und Karl Arnold, der für seinen Sturz als Ministerpräsident »entschädigt« werden sollte, bereits über zwei Kandidaten für diese Positionen verfügten. Ein derartiger Vorschlag konnte von Adenauer vom Tisch gewischt werden, ohne daß die Protestanten protestierten.⁹⁸ Tatsächlich setzten sich schließlich landsmannschaftliche Erwägungen durch; Kaiser und Arnold wurden für Nordrhein-Westfalen, von Hassel und Gerstenmaier als Vertreter der nord- und süddeutschen Partei gewählt. Dieser Vorgang zeigte, daß man in der Union zwar durchaus gewillt war, den Konfessionsproporz zu wahren, daß aber das innerparteiliche Gewicht des EAK nicht allzu hoch zu veranschlagen war.

Ein ähnliches Bild ergab sich 1959, als bei der Nominierung des Unionskandidaten für die Nachfolge von Theodor Heuss als Bundespräsidenten eine Entscheidung zu fällen war, die auch für die Kanzler-Nachfolge weichenstellenden Charakter haben konnte. Es war allgemein akzeptiertes Verständnis, daß, solange der Kanzler katholisch war, ein evangelischer Politiker Bundespräsident werden sollte. Als jedoch Adenauer sich selbst ins Spiel brachte, dann seine Kandidatur zurückzog und kurzfristig ein Ersatzmann bestellt werden mußte, sprachen die führenden Protestanten, obwohl die Frage im EAK-Vorstand ausführlich diskutiert worden war,⁹⁹ nicht mit einer Stimme. Während Schröder für eine Kandidatur Erhards eintrat, gab das Votum von Adolf Cillien, einem der stellvertretenden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion und niedersächsischen CDU-Vorsitzenden, für Adenauers Favoriten, den Katholiken Heinrich Lübke, den Ausschlag. Cillien wollte damit offenbar

⁹⁸ Vgl. Adenauer: »Wir haben wirklich etwas geschaffen.« *Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1953-1957*, bearb. v. Günter BUCHSTAB (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 16), Düsseldorf 1990, Protokoll v. 26. April 1956, S. 908 ff. Vgl. zum Junktim von EAK-Vorsitz und stellvertretendem Parteivorsitz auch oben Anm. 45 sowie das Protokoll der Vorstandssitzung v. 10. April 1956, ACDP IV-001, 002/1, aus dem hervorgeht, daß der EAK für fünf Stellvertreterposten eintrat.

⁹⁹ Kurzprotokoll der Sitzung vom 20. Februar 1959, ACDP I-483, 055/2; dem Kurzprotokoll ist der Verlauf und das Ergebnis der Diskussion allerdings leider nicht zu entnehmen.

einer Kanzlerschaft Erhards den Weg bahnen.¹⁰⁰ Im Hinblick auf den EAK ist der Befund wiederum derselbe; er war weder der Zentralverein der evangelischen CDU-Politiker noch hatte er hinreichend Gewicht, um eine derartig wichtige Personalentscheidung nachhaltig zu beeinflussen.

In Personalentscheidungen auf der Ebene der Landesverbände griff der Bundes-EAK nur höchst selten und sehr vorsichtig ein. Als 1960 die Klagen des ehemaligen stellvertretenden EAK-Vorsitzenden Hermann Schneider über die konfessionellen Konflikte in der südbadischen CDU nicht länger zu übergehen waren, befaßte sich der Bundesarbeitskreis auf der Sitzung vom 30. März 1960 am Rande der Bundestagung in Mannheim mit der dortigen Situation. Schneiders Kritik am Vorgehen der katholischen CDU-Mehrheit, die alle vierzehn südbadischen Landtagswahlkreise mit katholischen Direktkandidaten besetzt hatte, fand keineswegs ungeteilte Unterstützung. Gerade die übrigen baden-württembergischen Protestanten verwiesen auf das Verhältnis von evangelischen und katholischen Mitgliederzahlen und die Schwierigkeiten, überhaupt geeignete evangelische Bewerber für die südbadischen Mandate zu finden. Hermann Schneiders Antrag, daß der EAK mit einem öffentlichen Wort zu den Vorgängen in Südbaden Stellung nehmen solle, wurde schließlich nach eingehender Diskussion von der überwiegenden Mehrheit der Teilnehmer abgelehnt. Auch der Vorsitzende betonte, daß er von den drei katholischen der vier baden-württembergischen Landesvorsitzenden (die CDU war damals noch in die vier Landesverbände Nord- und Südbaden sowie Nord- und Südwürttemberg gegliedert) wisse, daß sie allen evangelischen Anliegen gegenüber positiv eingestellt seien und sich aufrichtig um gute konfessionelle Zusammenarbeit bemühten. Es wurde schließlich auf Vorschlag Schröders zur Beruhigung der Lage beschlossen, daß der Bundesgeschäftsführer der Partei, Konrad Kraske, in Zusammenarbeit mit den dortigen Landesverbänden und den Landes-EAK-Vorsitzenden umfassendes Material über die Kandidatenaufstellung in ganz Baden-Württemberg zusammenstellen solle. Auf dieser Grundlage werde man dann am Rande des Bundesparteitages in Karlsruhe ein Gespräch mit den Vorsitzenden der Landesverbände führen. Außerdem sollte Ministerpräsident Kiesinger gebeten werden, auf der Schlußkundgebung der Bundestagung ein Wort zur konfessionellen Zusammenarbeit von katholischer Seite zu spre-

¹⁰⁰ Vgl. Rudolf MORSEY, *Heinrich Lübke. Eine politische Biographie*, Paderborn 1996, S. 256 ff., insbesondere 263. Schröders Votum für Erhard wurde weithin als Versuch interpretiert, den wichtigsten Konkurrenten um die Adenauer-Nachfolge loszuwerden; angesichts der Bilanz von Erhards Kanzlerschaft scheint jedoch eindeutig, daß Schröders Vorschlag dem Wirtschaftsminister eher gerecht wurde als der letztlich erfolgreiche Versuch, ihn zum Kanzler zu machen. Vgl. Volker HENTSCHEL, *Ludwig Erhard. Ein Politikerleben*, (Tb-Ausgabe) Berlin 1998, S. 443 ff., sowie Daniel KOERFER, *Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer*, (Tb-Ausgabe) Berlin 1998, S. 241 ff.

chen.¹⁰¹ In der in Mannheim verabschiedeten Entschließung »Bekenntnis zur Union« war von diesen Mißhelligkeiten nicht die Rede, vielmehr wurde die erfolgreiche konfessionelle Zusammenarbeit gewürdigt.¹⁰² Dieser Fall blieb die absolute Ausnahme; sehr viel häufiger kam es vor, daß Schröder als EAK-Vorsitzender aus den Landesverbänden gebeten wurde, sich diskret für die evangelischen Belange einzusetzen, was in der Regel auch geschah.¹⁰³

Wenn aus der bisher beschriebenen innerparteilichen politischen Arbeit des EAK der Eindruck entsteht, daß sich diese gänzlich auf Personalpolitik beschränkte, so ist das nicht ganz falsch, wobei einschränkend noch einmal darauf hingewiesen werden muß, daß dieser Teil neben dem Wirken in der Öffentlichkeit und im kirchlichen Raum eben nur ein Aspekt der Tätigkeit des EAK war. Darüber hinaus ist zu bedenken, daß es in Sachfragen kaum einen Dissens zwischen evangelischen und katholischen CDU-Politikern gab; immerhin war der EAK auch deshalb gegründet worden, um Adenauers Politik der Westbindung im evangelischen Raum durch evangelische Politiker offensiver zu vertreten.¹⁰⁴ Eine Ausnahme, die aber nicht zu größeren innerparteilichen Konflikten führte, weil die Konfliktlinien innerhalb der Koalition die innerparteilichen Gegensätze überlagerten, war die Wahlrechtsfrage. Die CDU hatte sich stets für ein mehrheitsbildendes Wahlrecht eingesetzt und dies auch 1953 auf dem Hamburger Parteitag offiziell in ihr Programm aufgenommen.¹⁰⁵ Als das Thema in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode 1953-57 nach Verabschiedung der Pariser Verträge akut wurde, löste das bei den Evangelischen erhebliche Sorgen aus. Man befürchtete, daß in vorwiegend evangelischen Gebieten die Stimmzahlen nur selten ausreichen würden, um das Mandat zu gewinnen, so daß evangelische Stimmen verpuffen und die evangelischen Wähler sich schon bei der nächsten Wahl gänzlich von der CDU abwenden würden. Damit würde einer Rekatholisierung der CDU Vorschub geleistet werden.¹⁰⁶ Auf katholischer Seite wurden diese Sorgen durchaus ernst genommen; so plädierte der CDU/CSU-Bundestagsfraktionsvorsitzende Heinrich Krone dafür, den vierzig-prozentigen Anteil der Mandate, der im Rahmen des sog. Grabensystems nicht nach Mehrheitswahl

101 Protokoll d. Sitzung vom 30. März 1960, ACDP IV-001, 002/2.

102 Abgedr. in: EV 8 (1960), Nr. 4, S. 3 f.

103 Vgl. z.B. den Brief von Schröder an den hessischen Landesvorsitzenden Wilhelm Fay v. 16. Nov. 1964 (ACDP I-483, 046/1), in dem er sich für eine Absicherung des EV-Redakteurs Eberhard Amelung auf der hessischen Landesliste einsetzt.

104 Erwin Wilkens hat in seinem oben zitierten Brief an Schröder (wie Anm. 85) dessen dahingehender Äußerung durchaus zugestimmt, hat dies aber auch auf Defizite des EAK zurückgeführt, der eben noch immer nicht hinreichend erarbeitet habe, was eine evangelische Begründung des »C« überhaupt sei.

105 Vgl. H.-O. KLEINMANN (wie Anm. 2), S. 153-161, insbesondere S.159.

106 Elisabeth Schwarzhaupt an Robert Tillmanns, 6. Aug. 1955, ACDP IV-001, 002/1. Tillmanns stimmte in einem Brief vom 10. Aug. (ebd.) uneingeschränkt zu.

in den Wahlkreisen, sondern über Verhältniswahl vergeben werden sollte, nicht nur über Landeslisten, sondern zum Teil über eine Bundesliste zu verteilen, weil es dann leichter sei, für eine konfessionelle Ausgewogenheit zu sorgen.¹⁰⁷ Letztlich scheiterte die Wahlrechtsreform am Widerstand der kleineren Parteien, insbesondere der FDP, so daß die Gegensätze innerhalb der CDU sich hier eher an der Frage, wie man mit der FDP umgehen solle, als am konfessionellen Aspekt entzündeten.

Wie problematisch es für den Zusammenhalt der Union wurde, wenn sich sachliche Gegensätze mit machtpolitischer Konkurrenz und dem konfessionellen Aspekt verbanden, zeigte sich in der ersten Hälfte der sechziger Jahre, die in der Union von den »Diadochen-Kämpfen« um die Nachfolge Adenauers und Erhards – dessen Kanzlerschaft vielen von Beginn an nur als Übergangsstadium galt¹⁰⁸ – einerseits und dem Gegensatz zwischen »Atlantikern« und »Gaullisten« andererseits geprägt waren. Von den innerparteilichen Konkurrenten Schröders wurde die Aufbruchstimmung im EAK zu Anfang der sechziger Jahre, die sowohl in der organisatorischen Reform als auch in der allgemeinen Aktivierung insbesondere der kirchlichen Arbeit zum Ausdruck kam, argwöhnisch betrachtet.

Mit der Übernahme des Außenministeramtes war der EAK-Vorsitzende in die erste Reihe der potentiellen Adenauer-Nachfolger gerückt und die Aktivierung des EAK wurde nicht nur in den Medien häufig als Hausmachtspolitik interpretiert. In einem Kommentar des Bayerischen Rundfunks anlässlich der Bundestagung von 1962, auf der die neue Ordnung verabschiedet wurde, hieß es beispielsweise: »Man muß an Hermann Ehlers erinnern, wenn der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU zu seiner 10.

107 G. BUCHSTAB, *Protokolle 1953-1957* (wie Anm. 98), S. 765; zur Diskussion über die Bundesliste vgl. Erhard H.M. LANGE, *Wahlrecht und Innenpolitik. Entstehungsgeschichte und Analysen der Wahlgesetzgebung und Wahlrechtsdiskussion im westlichen Nachkriegsdeutschland* (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 26), Meisenheim a. Gl. 1975, S. 685. Eckhard JESSE, *Wahlrecht zwischen Kontinuität und Reform. Eine Analyse der Wahlsystemdiskussion und der Wahlrechtsänderungen in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1983* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 78), Düsseldorf 1985, S. 103-110, insbesondere S. 109, geht zwar auf die unterschiedlichen Positionen innerhalb der Union ein, erwähnt aber nicht die konfessionelle Dimension dieser Gegensätze. Dasselbe gilt auch für LANGE (s.o.), S. 589-701, der sich ganz auf die Diskussionen innerhalb der Koalition konzentriert. Auch bei den ersten Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD spielten innerhalb der CDU konfessionelle Erwägungen eine Rolle; vgl. Klaus GOTTO, *Der Versuch einer Großen Koalition 1962*, in: *Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers*, Bd. II: *Beiträge der Wissenschaft*, hrsg. von Dieter BLUMENWITZ u.a., Stuttgart 1976, S. 316-338, hier bes. S. 324. In der erneuten Wahlrechtsdiskussion während der Großen Koalition war das dann kaum mehr so; vgl. Protokoll der Tagung des Bundesarbeitskreises v. 28. April 1967, ACDP I-483, 051/1.

108 Vgl. die Tagebuchaufzeichnung von Heinrich Krone v. 30. Okt. 1963, ACDP I-028, 068/4 (S. 123).

Bundestagung in Wiesbaden zusammengekommen ist. Unter seiner Leitung gewann der Arbeitskreis Gewicht ... So wie Ehlers durch sein taktisch-politisches Geschick das Amt des Bundestagspräsidenten mit dem Vorsitz im Evangelischen Arbeitskreis verbinden konnte und auch dadurch seinen Rang demonstriert hat, so ist Schröder eine womöglich noch zwingendere Kombination gelungen. Der Bundesaußenminister und zugleich Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises wuchert mit seinen Pfunden. Was hat er in der Union an Konkurrenz?«¹⁰⁹

Diese stark personalisierte Sicht der Dinge war im Grunde vollkommen unangebracht, denn Schröder war zu diesem Zeitpunkt bereits seit mehr als fünf Jahren EAK-Vorsitzender, ohne daß er erkennen ließ, den EAK als Hausmacht einsetzen zu wollen. Im Gegenteil hat er stets betont, daß der EAK gerade dies nicht sein dürfe.¹¹⁰ Die wichtigsten Impulse zur Aktivierung des EAK sind, wie oben gezeigt, auch nicht von Schröder selbst ausgegangen, anfänglich hatte er sogar vor einer organisatorischen Verfestigung gewarnt. Dennoch zeigt eine Kontroverse zwischen Schröder und Rainer Barzel, damals noch ein ehrgeiziger Politiker der jüngeren Generation, der bald darauf im Gefolge der Spiegel-Krise im letzten Adenauer-Kabinett einen Ministerposten übernehmen sollte, wie solche Kommentare und Berichte wirkten.¹¹¹ Auf der Tagung vom Oktober 1962 in Wiesbaden hielt der Theologe Helmut Thielicke ein Referat, das in der Presseberichterstattung als ein Plädoyer für eine liberalere Haltung zum Strafrechtsparagrafen 218 zur Abtreibung aufgefaßt wurde.¹¹² Aufgrund der dpa-Meldung über dieses Referat schrieb Barzel einen empörten Brief an Schröder. Er wies auf die katholische Haltung zur Abtreibungsfrage hin und verwahrte sich dagegen, daß die Auffassung der Mehrheit in der Union von einem bestellten Referenten der EAK-Tagung derart polemisch, unvornehm

109 Kommentar von Max Schulze Vorberg im Bayerischen Rundfunk v. 4. Okt. 1962, ACDP I-483, 053/2. Vgl. ebd. weitere Pressestimmen zur Bundestagung, deren Schlagzeilen allesamt durch den Tenor, daß der EAK seinen Einfluß ausbaue und Gerhard Schröder sich eine wichtige Hausmacht verschaffe, bestimmt waren.

110 In seiner Rede vor der EAK-Landestagung in Duisburg (wie Anm. 49) versuchte er, allen derartigen Interpretationen deutlich entgegenzutreten, ohne damit überzeugen zu können, denn derartige Vorgänge lassen sich schlechthin nicht dementieren.

111 Vgl. auch die Tagebuchaufzeichnung von Heinrich Krone vom 7. Oktober 1962: »Schröder will sich eine Hausmacht schaffen. Das zeigte die Tagung des Evangelischen Arbeitskreises, die in diesen Tagen in Wiesbaden stattfand und die für Schröder ein Erfolg war ... Mit dem Evangelischen Arbeitskreis wird er es aber nicht zu einer parteiinternen Hausmacht bringen, obwohl er sich in letzter Zeit mehr um ihn kümmert und ihn zum Podium evangelischer politischer Gespräche macht.« (ACDP I-028, 068/4). Der Widerspruch, der in den Charakterisierungen des EAK als Hausmacht und Podium lag, war Krone offenbar nicht bewußt; letztere war durchaus zutreffend.

112 In einem Brief an Schröder v. 12. Okt. 1962 bedauerte Thielicke dieses Mißverständnis (ACDP I-483, 053/2).

und böse abgekanzelt werden könne. Dies sei zum Schaden der Union und des EAK: »Die Forderungen nach einem Katholischen Arbeitskreis werden wieder lauter und nachhaltiger werden.«¹¹³ Zweifellos war Barzel tatsächlich »innerlich verwundet«, wie er schrieb; dennoch hat er mit der Drohung eines katholischen Arbeitskreises mit Kanonen auf Spatzen geschossen, denn Thieliicke hatte keineswegs für den EAK gesprochen und war darüber hinaus anscheinend mißinterpretiert worden. Die Heftigkeit von Barzels Reaktion scheint insofern darauf hinzudeuten, daß es unter den katholischen CDU-Politikern einiges Unbehagen über die steigende Aktivität des EAK gab.

Dieses nahm noch zu, als 1963 mit Ludwig Erhard erstmals ein evangelischer Politiker Kanzler und 1966 – im Grunde viel zu spät – auch CDU-Bundsvorsitzender wurde.¹¹⁴ Mit Gerhard Schröder, dem umstrittenen Außenminister, und Kai-Uwe von Hassel als Verteidigungsminister nahmen weitere Protestanten, die »atlantische« Positionen vertraten, Schlüsselpositionen im Kabinett ein. Die führenden innerparteilichen »gaullistischen« Kritiker der Außenpolitik der Regierung Erhard, an der Spitze der Alt-Bundeskanzler Adenauer, aber auch Franz Josef Strauß, Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg und Heinrich Krone, waren Katholiken. Nun wäre es zweifellos unsinnig, die fundamentalen Unterschiede in der Beurteilung der außenpolitischen Optionen der Bundesrepublik,¹¹⁵ die dem Konflikt zugrundelagen, allein auf konfessionelle Rivalitäten zurückzuführen. Gerade Strauß war im Kontext der CSU ein Exponent des konservativ-liberalen, nicht-klerikalen Flügels;¹¹⁶ aber es wäre auch falsch, diese Dimension gänzlich zu leugnen. So war es keineswegs ein Zufall, daß der innerparteiliche Streit gerade im Anschluß an die Münchner EAK-Bundestagung von 1964 einen öffentlichen Höhepunkt hatte. Schröder hatte ein im großen und ganzen unspektakuläres außenpolitisches Referat gehalten,¹¹⁷ das in einem Gastkommentar des von

113 Barzel an Schröder 5. Okt. 1962, ACDP I-483, 053/2.

114 Krone (vgl. Tagebuch v. 14./15. Nov. 1963, ACDP I-028, 068/4, S. 129), riet Adenauer davon ab, auch den Parteivorsitz abzugeben, da dies »vom Standpunkte der Existenz der Union« bedenklich sei, weil Erhard nur einen Teil der Union repräsentiere – nämlich nicht den Teil, der die Politik in deutlicher Abgrenzung vom Liberalismus von christlicher Weltanschauung her begründe.

115 Zu den inhaltlichen Unterschieden vgl. Reiner MARCOWITZ, *Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1958 bis 1969* (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 49), München 1996, S. 159 ff. u. 181 ff., sowie Horst OSTERHELD, *Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963-1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 23), Düsseldorf 1992, passim.

116 Vgl. Wolfgang KRIEGER, *Franz Josef Strauß. Der barocke Demokrat aus Bayern* (Persönlichkeit und Geschichte, Bd. 150), Göttingen-Zürich 1995, S. 20 f., sowie Wolfram BICKERICH, *Franz Josef Strauß. Die Biographie*, Düsseldorf 1996, S. 38-40.

117 Als Broschüre veröffentlicht: Gerhard SCHRÖDER, *Deutsche Verantwortung – Deutsche Interessen*, Bonn 1964.

Franz Josef Strauß herausgegebenen »Bayern-Kuriers« heftig angegriffen wurde.¹¹⁸ Diese Attacke löste nicht nur erheblichen Pressewirbel aus,¹¹⁹ sie führte auch zu einer beispiellosen Solidarisierung mit dem angegriffenen Außenminister, die in einer offiziellen Erklärung des Vorsitzenden des EAK der CSU in Bayern und seiner beiden Stellvertreter gipfelte, in der sie sich von »diesem ungerechtfertigten und unqualifizierten Angriff gegen den Bundesaußenminister« distanzieren und sich für »solidarisch mit dem Evangelischen Arbeitskreis der gesamten CDU/CSU und seinem Vorsitzenden Dr. Gerhard Schröder« erklärten.¹²⁰

Die einzelnen Etappen des innerparteilichen Streites können hier nicht nachgezeichnet werden. Wie sehr der EAK als angebliche Hausmacht Schröders in diesen Zwist hineingezogen wurde, wird daraus deutlich, daß im Sommer 1966 Barzels Drohung von 1962 wahrgemacht und ein katholisches Gegenstück zum EAK ins Leben gerufen wurde. Unter der Patronage des Barons Guttenberg, einem der überzeugtesten »Gaullisten«, entstand die »Politische Arbeitsgemeinschaft Kirche und Welt – Freundeskreis christlich demokratischer und christlich-sozialer Politiker e.V.«, zu deren Mitbegründern mit dem Publizisten Paul Wilhelm Wenger, dem ehemaligen Persönlichen Referenten Adenauers, Franz Mai und dem Bundestagsabgeordneten Werner Marx mehrere prominente »gaullistische« Schröder-Gegner zählten.¹²¹ Letztlich blieb diese Gründung ohne Bedeutung, weil bereits im November 1966, als Gerhard Schröder in der Fraktionsabstimmung um die Nachfolge Erhards gegen Kurt Georg Kiesinger unterlag, die »protestantische Periode« der Union zu Ende ging.¹²² Guttenberg, der bereits 1962 im Auftrag Adenauers mit den Sozialdemokraten über eine Große Koalition verhandelt hatte, wurde Parlamentarischer Staatssekretär in Kiesingers Bundeskanzleramt und benötigte die Arbeitsgemeinschaft Kirche und Staat nicht mehr.

118 Hans NEUWIRTH, »Gewagte Taktik oder Irrtum«, in: Bayern-Kurier v. 10. April 1964.

119 Die Bild-Zeitung beispielsweise erschien am 12. April 1964 mit der Schlagzeile »Stürzt Schröder?«.

120 Erklärung des bayerischen EAK-Vorsitzenden Dr. Rudolf Eberhard v. 14. April 1964, ACDP I-483, 052/2.

121 Vgl. Ulrich FRANK-PLANITZ, »Die Karolinger proben den Aufstand. Querschuß gegen Schröder und Strauß«, in: Christ und Welt, Nr. 31, 5. Aug. 1966 und Rolf ZUNDEL, »Sehnsucht nach dem hohen >C<«, in: Die Zeit, Nr. 32, 12. Aug. 1966.

122 Zu den Umständen der Wahl Kiesingers vgl. Dirk KROEGEL, *Einen Anfang finden! Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition* (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 52), München 1997, S. 20-33, bes. S. 21. Der Ausdruck »protestantische Periode« wurde aus einem Arbeitspapier des EAK-Geschäftsführers zitiert; Hans Strümpfel, »Versuch einer Zusammenfassung der bisherigen Diskussion in Studiengruppe und Bundesarbeitskreis über Situation und Zukunft der CDU und über Selbstverständnis und Aufgabenstellung des Evangelischen Arbeitskreises« vom Mai 1967, ACDP IV-001, 038/3.

Die innerparteilichen Auseinandersetzungen haben die Stellung des EAK nicht gerade gestärkt. Allerdings war seinen Mitgliedern die Einbeziehung des EAK in die personellen Rivalitäten auch nicht ganz geheuer; so wurde auf der Sitzung des Bundesarbeitskreises am 28. April 1967 als ein Ergebnis der Beratungen der Studiengruppe vorgetragen, daß der EAK »die Plattform für die sachliche Auseinandersetzung sein muß, daß er nicht nur für Zwecke der Hausmacht oder Personalpolitik verwendet werden dürfe.«¹²³ Andererseits war der EAK auch nicht bereit, ganz auf konfessionelle Personalpolitik zu verzichten. Auf dem Bundesparteitag der CDU 1966, auf dem Erhard zum Vorsitzenden gewählt worden war, war die Position eines 1. Stellvertretenden Vorsitzenden eingeführt worden, um Erhards Konkurrenten Rainer Barzel zu entschädigen; im Vorfeld des Bundesparteitages 1967 wurde nun die »Führungsfrage« innerhalb der CDU heftig diskutiert.¹²⁴ Die Kernfragen waren, ob man an dieser Struktur festhalten oder ob man zu der früher üblichen Konstruktion mit mehreren gleichberechtigten Stellvertretern zurückkehren solle und ob das Amt eines Generalsekretärs zur organisatorischen Stärkung der Partei geschaffen werden solle. Der EAK nahm in einem Brief an den noch amtierenden Parteivorsitzenden Ludwig Erhard, der auf dem Parteitag durch Kiesinger ersetzt werden sollte, eindeutig Stellung. Auf der Sitzung vom 28. April habe der Bundesarbeitskreis einstimmig beschlossen, daß an der in Bonn eingeführten Führungsstruktur festgehalten werden solle. »Danach soll neben der Position eines Bundesvorsitzenden die eines 1. Stellv[ervertretenden] Vorsitzenden beibehalten werden, damit eine sichtbare Repräsentation der beiden Konfessionen in der obersten Führungsspitze der Partei fortgesetzt wird. Dieser Gesichtspunkt sollte insbesondere dann aufrechterhalten werden, wenn die Einrichtung eines Generalsekretärs der Partei geschaffen wird.«¹²⁵

Dieser Beschluß zeigt, daß man die Wahl Barzels zum 1. Stellvertretenden Vorsitzenden weniger unter personalen als unter konfessionellen Aspekten sah und deshalb an dieser Konstruktion festhalten wollte. In Braunschweig auf dem Parteitag zeigte sich, daß der Einfluß des EAK nicht besonders groß war. Zum Parteivorsitzenden wurde, wie erwartet, der katholische Bundeskanzler Kiesinger und zum Generalsekretär der katholisch-konservative

¹²³ Protokoll der Tagung des Bundesarbeitskreises v. 28. April 1967, ACDP I-483, 051/1.

¹²⁴ Vgl. zu den Änderungen der Führungsstruktur und den damit verbunden Problemen der Parteiorganisation H.-O. KLEINMANN (wie Anm. 2), S. 260 ff.

¹²⁵ In Namen des Vorstandes wurde der Brief v. 28. April 1967 (ACDP I-483, 051/1) von Walter Strauß und Wilhelm Hahn unterzeichnet; der Vorsitzende, der der offensichtliche Kandidat für die Position des 1. Stellv. Vorsitzenden war, hielt sich zurück. Auch von der evangelischen Kirche wurde diese Position unterstützt; vgl. den Vermerk von Schröders Persönlichem Referenten, Hans-Georg Wieck, über ein Gespräch mit Bischof Kunst (undat., April 1967), ACDP I-483, 051/1.

Bundesminister Bruno Heck gewählt. Lediglich bei den fünf Stellvertretenden Vorsitzenden wurde wieder auf konfessionellen Proporz geachtet.¹²⁶

Damit war der EAK 1967 wieder dort, wo er bereits 1956 gewesen war. Der Einfluß hatte damals nicht ausgereicht, um den Vorsitzenden zum Stellvertretenden Vorsitzenden zu machen und er reichte jetzt nicht, um Gerhard Schröders Wahl zum 1. Stellvertretenden Vorsitzenden durchzusetzen. Doch es bleibt zu fragen, ob der Versuch, durch die stärkere Institutionalisierung an Einfluß zu gewinnen, gänzlich gescheitert ist. Sicher konnte der EAK der katholischen Parteimehrheit keine Personalentscheidungen oktroyieren; dies wäre in einer demokratischen Partei auch kaum wünschenswert gewesen. Dennoch, trotz eines gegenläufigen Trends, der im Zuge der allgemeinen gesellschaftlichen Säkularisierung abnehmenden Bedeutung der Konfession, und trotz der für das Erscheinungsbild der Union desaströsen und die Stellung des EAK potentiell gefährlichen Verbindung von personellen Rivalitäten, sachlich-politischen Gegensätzen und der konfessionellen Frage, konnte sich die evangelische Seite auch über das Ende der »protestantischen Periode« in der Union hinaus letztlich behaupten und erreichen, daß eine gewisse, wenn auch beschränkte Rücksicht auf den Konfessionsproporz erhalten blieb.¹²⁷

Bilanz

Will man den Erfolg oder Mißerfolg des EAK auf allen angesprochenen Gebieten beurteilen, so hilft es, den Blick auf die zeitgenössische Sicht innerhalb des EAK selbst zu richten. Anfang 1967, nachdem die »protestantische Periode« mit der Kanzlerschaft Erhards wenig glorreich zu Ende gegangen war, versuchte die Studiengruppe des EAK eine selbstkritische, schonungslose Bilanz zu ziehen. So nahm man die Tatsache des Rückganges der »konfessionellen Konjunktur«, die auch den katholischen Teil der Mitglieder betraf, durchaus zur Kenntnis. Das Unbehagen der Katholiken wurde auch darauf zurückgeführt, daß sich inzwischen die Prämissen, die zur Gründungszeit des EAK galten, verändert hätten, daß sich das »Protektorat« der katholischen Kirche über die CDU ... weitgehend abgebaut« habe. Deshalb werde der EAK als ein »personalpolitisches Instrument« betrachtet.

¹²⁶ Gewählt wurden: Schröder (405 von 562 gültigen Stimmen), Aenne Brauksiepe und von Hassel (je 398 Stimmen), Paul Lücke (350 Stimmen) und Dufhues (338 Stimmen); d.h. auch unter den stellvertretenden Parteivorsitzenden herrschte eine katholische Mehrheit (CDU Deutschlands, 15. CDU-Bundesparteitag, Braunschweig, 22./23. Mai 1967, Niederschrift, o.O., S. 184).

¹²⁷ Im Frühjahr 1966 hatte der – evangelische – Bundesgeschäftsführer der CDU, Konrad Kraske, in einem Interview gesagt, daß es den EAK aufgrund bestimmter historischer Umstände gäbe und er auch weiter bestehen solle, aber daß man ihn heute nicht noch einmal würde gründen müssen (ACDP I-483, 051/1).

Es wurde im Hinblick auf den EAK von einem »spürbaren Substanzverlust« gesprochen und von dem Mangel an »schnellen, klaren, durchdachten Aussagen«. ¹²⁸ Diese Äußerungen veranschaulichen, daß am Ende der sechziger Jahre fast dieselben Dinge kritisiert wurden wie zu Beginn. Auch die Rezepte zur Erneuerung des Arbeitskreises waren dieselben. So sollte in der Sacharbeit versucht werden, stärker die evangelische Ausprägung des »C« herauszuarbeiten und sich mit der Frage, was typisch evangelisch in der Politik sei, zu befassen. ¹²⁹ Dies war offensichtlich ein Dauerbrenner in der Arbeit des EAK, der zeigt, daß es dem EAK ebensowenig wie der konservativeren protestantischen Theologie gelang, eine religiös-ethische Begründung der (Unions-)Politik zu liefern. Neben den inhaltlichen gab es organisatorische Vorschläge hinsichtlich stärkerer Planung der Aktivitäten, der Aufteilung der Arbeit zwischen Vorstand und Studiengruppe, der Intensivierung des Dialogs mit den Kirchen und kirchlichen Gruppen – alles Dinge, die bereits zu Beginn der sechziger Jahre in Angriff genommen worden waren. Neu war höchstens der Wille, auch stärker auf die Programmatik der Gesamtpartei einzuwirken, die unter den Bedingungen der Großen Koalition ebenfalls gravierende Defizite im organisatorischen und programmatischen Bereich offenbare und vielfach nicht mehr als die modernere Partei bei der Bevölkerung gelte. Darüber hinaus wollte man stärker als bisher das Gespräch mit den Katholiken zu suchen, die durch die neuen Entwicklungen in ihrer Kirche seit dem Vatikanum II ebenfalls verunsichert seien. Anders als zu Beginn der sechziger Jahre wurde von diesen Vorschlägen kaum etwas direkt umgesetzt.

Der EAK blieb während der Regierungszeit der Union im wesentlichen ein Ort der Diskussion, die hauptsächlich auf den Bundestagungen stattfand. Hier lagen auch die Erfolge in den sechziger Jahren, denn nicht zuletzt aufgrund der Prominenz des Vorsitzenden wurden die Bundestagungen in den Medien sehr viel stärker als früher beachtet und erhielten breite Resonanz. Die wichtigste Funktion des EAK war eben doch die eines Forums der geistigen Auseinandersetzung mit grundlegenden, über die Tagespolitik hinausweisenden Fragestellungen. Als personalpolitisches Instrument oder gar als Hausmacht einzelner Politiker, als die er immer wieder verdächtigt wurde, war er weit weniger erfolgreich, obwohl er natürlich den evangelischen Spitzenpolitikern als Plattform diente. ¹³⁰ Auch die Arbeit im kirchlichen

¹²⁸ Arbeitspapier Strümpfel (wie Anm. 122).

¹²⁹ Der Gedanke, daß der EAK überholt sei, wurde schnell verdrängt, denn da die Konfessionen weiterhin eine Realität blieben, sei weiterhin nötig, das evangelische Profil innerhalb der Union zu schärfen und evangelische Interessen zu vertreten (ebd.).

¹³⁰ So nutzte Gerhard Schröder die Bundestagung 1969 in Düsseldorf als Plattform, um sich in der Wahlrechtsfrage von der CDU-Position zu distanzieren und der FDP anzunähern und so

Raum kam über einzelne, durchaus erfolgreiche Ansätze nicht hinaus. Zwar konnte ein Gesprächsdraht selbst zu Gruppen wie den Studentenfarrern geknüpft werden, zu denen die Distanz beträchtlich war. Letztlich blieben diese Kontakte, zumindest in einer institutionalisierten Form, sporadisch und konnten den Linkstrend innerhalb der evangelischen Kirche kaum beeinflussen. Die Studiengruppe des EAK, die sich hier besonders engagiert hatte, verlor an Bedeutung, als ihr Gründer Wilhelm Hahn, überlastet durch andere Aufgaben, sich Anfang der siebziger Jahre zurückzog.¹³¹

In gewisser Weise spiegelte sich im EAK der Weg der CDU als Ganzes wider. Die großen Erfolge des EAK – wie die der CDU – lagen in den fünfziger Jahren. Noch unter der Führung von Hermann Ehlers gelang es, mit dem konservativeren Teil des evangelische Kirchenvolks eine stabile Stammwählerschaft für die Union zu erschließen und damit den Anspruch der CDU, eine moderne Volkspartei zu sein, zu verwirklichen.¹³² Zugleich gelang es, durch die Bejahung der Westbindung den traditionellen Nationalismus im konservativen Protestantismus zu überwinden und eine »tory democracy« zu schaffen, die im protestantisch geprägten deutschen Konservatismus immer gefehlt hatte. Wie die CDU als Ganzes versuchte auch der EAK sich zu Anfang der sechziger Jahre organisatorisch zu modernisieren und die politische Arbeit zu aktivieren. Hoffnungsvolle Ansätze wurden jedoch durch die Zerissenheit der Union, die Rivalitäten um die Nachfolge erst Adenauers, dann Erhards und die Streitigkeiten zwischen »Atlantikern« und »Gaullisten« überlagert. So stellten sich beide, die CDU insgesamt und der EAK, am Ende der sechziger Jahre als reformbedürftig dar.

die Möglichkeit einer anderen Konstellation für die Zeit nach den Wahlen von 1969 anzudeuten (Schlußansprache vom 22. März 1969, ACDP I-483, 051/1).

¹³¹ W. HAHN (Anm. 90), S. 93. Wenn Hahn hier den »politischen Einfluß und [die] weite Publizität« des EAK in den sechziger Jahren auf das Wirken der Studiengruppe zurückführt, so scheint er dessen Bedeutung doch etwas zu überschätzen; für Medien sind personalpolitische Fragen nun einmal besonders interessant und insofern rührte die größere Beachtung des EAK weitgehend von dem Interesse an der Person Gerhard Schröders und dessen weiteren Karriereaussichten her.

¹³² Vgl. Karl SCHMITT, *Konfession und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1989, S. 130 ff.

